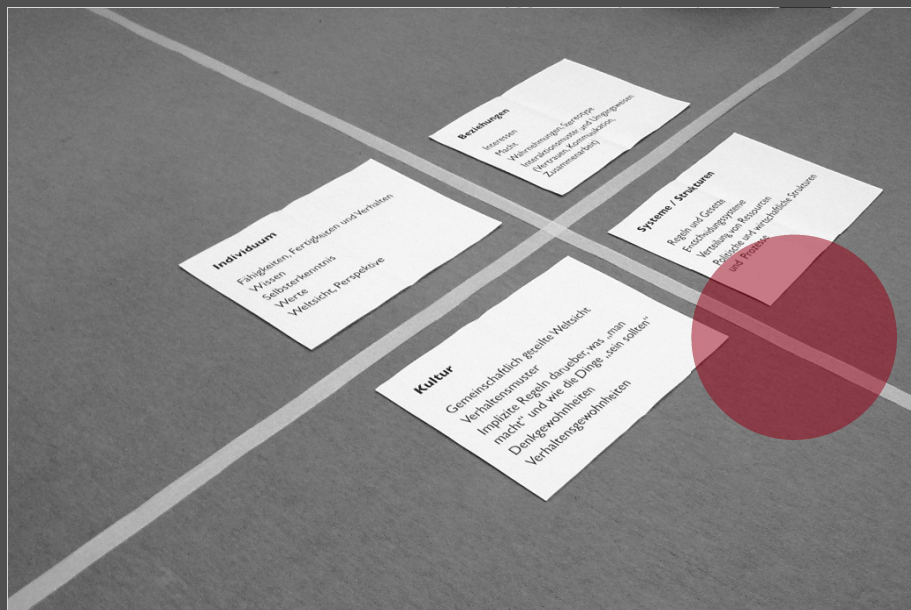




„Geschichten der Willensbildung zum Klimaschutz“  
**Dokument B: Studie der 10 Kommunen  
 im Arbeitspaket 4.1**  
**„Transformationsprozesse verstehen“**

Klimaschutzdialog: Prozessoptimierung, Kommunikation  
 und Mobilisierung im (kommunalen) Klimaschutz

Marian Bichler, Dr. Minu Hemmati

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Stand: 15.11.2014

**Projektbetreuung:** Jessica Suplie, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Referat KI I 2

**Autoren:** Marian Bichler, [bichler@adelphi.de](mailto:bichler@adelphi.de)  
Minu Hemmati, [hemmati@adelphi.de](mailto:hemmati@adelphi.de)

Die vorliegenden Ergebnisse entsprechen dem Stand unserer Untersuchung bis zum 15.11.2014. Spätere Entwicklungen, Fakten und Erkenntnisse konnten nicht berücksichtigt werden.

Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieser Studie liegt bei den Autor/innen. Der Inhalt dieser Studie entspricht damit nicht notwendigerweise der Meinung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

Berlin, 15.11.2014

Abbildung: Christian Kind 2012

© 2014 **adelphi**

**adelphi**

Caspar-Theyss-Strasse 14a T +49 (0)30-89 000 68-0 [www.adelphi.de](http://www.adelphi.de)  
14193 Berlin F +49 (0)30-89 000 68-10 [office@adelphi.de](mailto:office@adelphi.de)



## Danksagung

Wir bedanken uns beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) für die Beauftragung mit dem Projekt Klimaschutzdialog, sowie für die Unterstützung und die Offenheit den kommunalen Klimaschutz gemeinsam voran zu bringen.

Desweiteren möchten wir unseren Konsortialpartnern danken, die uns bei diesem Projekt unterstützt haben: dem Klima-Bündnis, EBUS, Institut für Entwicklungsberatung und Supervision, dem Pestel Insitut, dem Klima-Bündnis, dem IFEU - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Besonderer Dank geht auch an Einzelpersonen in diesen Institutionen: Andrea Steckert (EBUS), Hans Hertle (IFEU), Thomas Köhler (Pestel-Institut) und Daniel Willeke (Difu).

Ganz besonders gilt unser Dank aber den vielen Beteiligten aus den Kommunen, die unser Projekt ermöglicht haben. Nicht nur die über fünfzig Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen haben uns durch ihre Auskunftsbereitschaft unterstützt, sondern auch zahlreiche Verwaltungsmitarbeiterinnen, die bei der Organisation behilflich waren. Ohne ihre Offenheit und Bereitschaft zur Kooperation wären die zehn nachfolgenden Geschichten nicht zu Stande gekommen.

# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                                     |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Dokument B: Hintergrund</b>                                                                                      | <b>3</b>  |
| <b>1. Oldenburg: 107.000 kleine Schritte</b>                                                                        | <b>4</b>  |
| <b>2. Eberswalde: "Wege entstehen, indem man sie geht"</b>                                                          | <b>8</b>  |
| <b>3. Flensburg: Der Masterplan - vom Ziel her denken!</b>                                                          | <b>12</b> |
| <b>4. und 5: Teltow und Kleinmachnow. Zwei Kommunen, eine gemeinsame Geschichte. Nicht ohne meine lokale Agenda</b> | <b>18</b> |
| <b>6. Duisburg: Eine neue Ära</b>                                                                                   | <b>28</b> |
| <b>8. Leingarten: Tu Gutes und rede darüber!</b>                                                                    | <b>32</b> |
| <b>7. Stockelsdorf: Trotz alledem..für Klimaschutz</b>                                                              | <b>35</b> |
| <b>9. Herrnhut:...aber fein! Die kleinste Klimaschutzkommune Deutschlands</b>                                       | <b>42</b> |
| <b>10. Wildau: Der Schlüssel steckt im Schloss</b>                                                                  | <b>46</b> |

## Dokument B: Hintergrund

Zusammen mit Dokument A bildet dieses Dokument B den zweiten Meilenstein im Arbeitspaket 4.1. des Vorhabens Klimaschutzdialog. Erläuterungen zur Zweiteilung des Meilensteins in Dokument A und Dokument B befinden sich in Dokument A

Das Arbeitspaket 4.1 Transformationsprozesse im Vorhaben Klimaschutzdialog (KSD) dient dazu, ein vertieftes Verständnis von den Prozessen zu gewinnen, die das Engagement einer Kommune im Klimaschutz auslösen. Dabei geht es um den gesamten Prozess, nicht nur um Verwaltungshandeln, nachweisliche Bekanntmachungen, eingesetzte Investitionsbeträge oder ähnliche, statistisch erfassbare Aspekte, sondern auch um individuelle Motivation, Beziehungen zwischen den Akteuren, und politische und soziale Prozesse, die Mitglieder und Führungskräfte von Kommunen beeinflussen können.

Es kann angenommen werden, dass es verschiedenste Situationen, Wege und Anlässe gibt, die den Willen zum Engagement im Klimaschutz hervorbringen können. Wenn solche Prozesse und Konstellationen – solche „Geschichten“ – besser verstanden werden, so die weitere Annahme, dann können Angebote und Aktivitäten zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes weiter optimiert werden.<sup>1</sup>

Im Folgenden werden zehn Geschichten vorgestellt, die den Prozess der Willensbildung zum Klimaschutz in den Kommunen Landkreis Oldenburg, Eberswalde, Flensburg, Teltow/Kleinmachnow, Duisburg, Leingarten, Stockelsdorf, Herrnhut und Wildau dokumentieren. Jede der zehn Geschichten wurde in den Kommunen vor Ort im (teilweise) erweiterten Kreis der Interviewteilnehmer/innen diskutiert. Aus dem Diskussionsprozess resultierten jeweils korrigierte Fassungen, die in der hier vorgelegten Form mit allen Kommunen endgültig abgestimmt wurden.

<sup>1</sup> Mehr Informationen zum Projekt: <http://www.ksd.adelphi.de>

## 1. Oldenburg: 107.000 kleine Schritte

*„In Anbetracht der unbestrittenen Erkenntnis, dass unser Planet Erde ohne Schaden zu nehmen nur durch erneuerbare Energien unsere Lebensqualität sichern kann, wollen wir jetzt, hier und heute, bei uns vor der Tür im Landkreis Oldenburg beginnen, einen Plan aufzustellen, damit der Landkreis Oldenburg aus heimischen Quellen zu einer modernen 100 % Erneuerbaren Energie-Region Landkreis Oldenburg wachsen kann.“*

Unter dieser Präambel hatten sich im Frühjahr 2011 siebzehn NGOs aus dem Landkreis Oldenburg auf Initiative des „Klimazentrums Kirchhatten“<sup>2</sup> zusammengefunden. Sie waren fest entschlossen vor Ort mit der Energiewende Ernst zu machen und aktiv gegen den Klimawandel zu kämpfen. Deshalb wollten sie Teil des bundesweiten Kommunen-Netzwerks „100 % Erneuerbare Energien-Regionen“ (100ee-Regionen) werden, das vom „Institut dezentrale Energietechnologien“ (IdE)<sup>3</sup> aus Kassel organisiert wird. Allerdings mussten Politik und Verwaltung im Landkreis Oldenburg noch von der Idee dieses ambitionierten Vorreiterprojekts überzeugt werden.

Um alle mit ins Boot zu holen, wurde vom 26. - 28. Mai 2011 eine umfangreiche Veranstaltung organisiert, die „Klimatage“<sup>4</sup>. Der Zeitpunkt war gut gewählt. Ganz Deutschland debattierte über die Energiewende. Ein günstiger Moment für die NGO-Vertreter/innen, mit der Gründung eines Bürgerforums die jahrelang im Landkreis einzeln durchgeführten Aktivitäten zu einer gemeinsamen Kraft zu bündeln. Hartmut Fröhling kämpfte beispielsweise schon seit einer Weile für ein innovatives Verkehrskonzept in Kirchhatten. Mit von der Partie war u.a. auch Cord Remke von der Harpstedter Energie Agentur<sup>5</sup>, der bereits 1990 sein erstes Windrad gebaut hatte. Und Hartmut Lammert war 2007 durch ein Seminar über den Klimawandel aufgeschreckt worden. Als Reaktion rief er das Aktionsbündnis „Prima Klima“<sup>6</sup> ins Leben, das sich in seiner Heimatgemeinde Ganderkesee erfolgreich für ein lokales Klimaschutzkonzept stark machte. Eine wichtige Rolle spielten außerdem die berufsbildenden Schulen und die regionalen Umweltzentren, die sich schon ganz lange für Klimaschutz stark gemacht hatten. Solche Bereitschaft zum Engagement in den Gemeinden sollte in Form des Bürgerforums fortan auf Kreisebene fortgesetzt werden.

Vorbereitungsarbeit geleistet. Schließlich konnte der ehemalige Landrat Frank Eger als Schirmherr gewonnen werden. Carsten Harings<sup>7</sup>, damals 1. Kreisrat, eröffnete das einleitende Rahmenprogramm, an dem über 1.000 Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Landkreis teilnahmen. Das Hauptereignis tags drauf lockte 300 Besucherinnen und Besucher. Alle waren gespannt auf die Vorträge mit anschließender Diskussion. Als Gäste auf dem Podium referierten unter anderen die bekannten Umweltökonom/innen Prof. Dr. Claudia Kemfert<sup>8</sup> sowie Prof. Dr. Niko Paech<sup>9</sup>.

<sup>2</sup> <http://www.klimazentrum-kirchhatten.de>

<sup>3</sup> <http://www.ide-kassel.de>

<sup>4</sup> <http://www.kreiszeitung.de/lokales/oldenburg/fs-klimatage-landkreis-oldenburg-1263408.html>

<sup>5</sup> <http://www.harpstedter-energie-agentur.de>

<sup>6</sup> [http://www.klimazentrum-kirchhatten.de/KLIKI/Prima\\_Klima\\_Veranstaltungen.html](http://www.klimazentrum-kirchhatten.de/KLIKI/Prima_Klima_Veranstaltungen.html)

<sup>7</sup> <http://www.carsten-harings.de>. Carsten Harings ist seit 1.11.2014 der neue Landrat im LK Oldenburg

<sup>8</sup> <http://www.claudiakemfert.de>

Die Verwaltungsspitze stand dem ambitionierten Ziel, den Landkreis Oldenburg zu einer 100er-Region zu machen, allerdings zurückhaltend gegenüber. Sie betrachtete Klimaschutz vor allem als nationale Aufgabe. Lokal vor Ort waren andere Herausforderungen zu leisten, die sich vor allem in Flächennutzungskonflikten ausdrückten. Flächennutzungen für Erneuerbare Energien wurden in einem komplexen Zusammenspiel mit anderen Nutzungen des Raums im Landkreis Oldenburg gesehen und sollten in einer fachlichen und politischen Diskussion zu einem Konsens zusammengeführt werden. Die Neuaufstellung eines Regionalen Raumordnungsprogramms stellte dabei das planerische Instrument dar. Trotzdem ließen sich Frank Eger und Carsten Harings auf die Einladung zur Mitwirkung an den medienwirksam inszenierten Klimatagen ein. Zumindest bei Fragen der Flächenplanung ergaben sich ja Überschneidungen mit dem Thema „erneuerbare Energien“.

Um genauer herauszufinden, was es mit dem Konzept der „100 % Erneuerbare Energien-Regionen“ auf sich hatte, entschlossen sich die beiden Politiker, im September 2011 nach Kassel zum Jahreskongress der Bewegung zu fahren. Knapp drei Jahre später erinnert sich Carsten Harings - inzwischen selbst zum Landrat gewählt - an das gemeinsame Erlebnis: „Wir haben dort eine Menge Klimakonzepte kennengelernt, die alle ähnlich aufgebaut waren. Warum, so dachten wir, sollten wir auch noch Geld für eigene Planungen ausgeben?“ Denn, so meinten beide, der Landkreis Oldenburg sei bereits in vielerlei Hinsicht Vorreiter. Man brauche sich bloß den hohen Anteil erneuerbar erzeugten Stroms anzusehen. Oder an die erklecklichen Summen zu denken, die in die energetische Sanierung von Schulen gesteckt worden waren. Natürlich wollte man es dabei nicht belassen. Weitere, auf Verwaltungsebene durchgeführte Klimaschutzmaßnahmen nach dem Vorbild anderer Kommunen, wie z. B. LEDs bei der Straßenbeleuchtung, sollten folgen.

Die Hauptorganisatoren des Bürgerforums reagierten irritiert. Das war's also? Kein integriertes Vorgehen mit breiter Beteiligung? Gleich nach der Auftaktveranstaltung im Mai hatten sie voller Elan geplant, das Ereignis in einigen anderen Gemeinden zu wiederholen. Noch größere Personenkreise sollten einbezogen werden. Jetzt aber verhielt sich die Kreisverwaltung ablehnend zum ambitionierten „100 % Erneuerbare Energien-Projekt“. Neben den genannten Gründen wollte sie sich auch nicht von außen bedrängen lassen. Sie zweifelte an der Umsetzbarkeit des Plans und bestand auf ihrer Entscheidungshoheit über die Finanzmittelbereitstellung. Langsam bildeten sich Fronten.

In das drohende Patt kam Bewegung, als sich bei den Kommunalwahlen im Spätherbst 2011 der Anteil der grünen Kreistagssitze verdoppelte. Eine rot-grüne Koalition wurde gebildet. Plötzlich gehörte die Umwelpartei zur Mehrheitsgruppe. Eduard Hüters, ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, fand Gelegenheit, sein Gewicht in die Waagschale zu werfen. Er und seine Parteikollegen teilten mit dem Bürgerforum die Überzeugung, dass nur ein breiter partizipativer Weg mit vielfältigen Akteuren zum wirklichen Erfolg führt: „Wenn die Verwaltung sagt, wir machen schon so viel, dann meint sie die paar großen Schritte, die sie selbst macht. Bei einem integrierten Klimaschutzkonzept geht es aber um alle Bürger/innen im Landkreis. Um viele kleine Schritte und viele kleine Beiträge.“

Unter dem Druck der grünen Politiker/innen wurde im Frühjahr 2012 im Kreistag des Landkreises Oldenburg zum ersten Mal über eine Beschlussvorlage zum Klimaschutz debattiert. Für das 100 %-Ziel Projekt fand sich jedoch keine Mehrheit. Statt dessen setzte sich die politische Meinung durch, die sagte; „Klimaschutz JA, aber ohne die Versteifung auf ein schwer erreichbares Ideal“. Unter dieser Prämisse wurde zwar die Einstellung einer Klimaschutzbeauftragten ermöglicht, aber für das Bürgerforum war keine

<sup>9</sup> <http://www.uni-oldenburg.de/wire/produktion/team/apl-prof-dr-niko-paech>

Mitsprachemöglichkeit vorgesehen. Die Klimaschutzmaßnahmen selbst sollten verwaltungsintern geplant und „haushaltsneutral“, also über Sponsoring finanziert werden.

Der Rest des Jahres 2012 war geprägt von intensiven Diskussionen. Das Bürgerforum organisierte eine zweite Veranstaltung, bei der die Ergebnisse aus einem studentischen Masterkurs zum Klimaschutz von Prof. Dr. Niko Paech präsentiert wurden. Damit trat eine frische Inspirationsquelle auf den Plan, die bald eine wichtige Rolle spielen sollte. Denn zum Sommer hin stellte sich heraus, dass die von der Verwaltung ins Auge gefassten Sponsorengelder zur Finanzierung verwaltungsintern geplanter Klimaschutzmaßnahmen nicht zur Verfügung stehen würden.

Die Grünen brachten darauf hin Prof. Dr. Niko Paech ins Spiel. Ob der Professor sich denn vorstellen könne, ein Semester lang den Antragsstellungsprozess auf Fördermittel für ein integriertes Klimaschutzkonzept im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>10</sup> zu begleiten? Und ob der Landrat mit ihm kooperieren wollte? Beide konnten und wollten. Prof. Dr. Niko Paech richtete einen Seminarkursus zum Thema „Integrierte Klimaschutzkonzepte und Erneuerbare-Energieregionen“ ein. Damit begann eine neue Ära. Alle politischen Fraktionen stimmten Anfang September 2012 in einem Beschluß der Antragstellung offiziell zu.

Gleichzeitig wurde mit Manuela Schöne die erste Klimaschutzbeauftragte im Landkreis Oldenburg eingestellt. Sie machte sich ans Werk, den umfangreichen Antrag zu erarbeiten. Unter dem positiven Vorzeichen der offiziellen Kooperation zwischen Universität und Verwaltung entwickelte sich so ein Dialog zwischen Verwaltung, Bürger/innen und Wirtschaft im Landkreis Oldenburg. Die Student/innen interviewten für das von Niko Paech konzipierte Seminar eine Fülle von Beteiligten. Im Laufe dieser Gespräche änderten sich Stimmung und Wahrnehmung. Es wurde allen zunehmend bewusst, dass Klimaschutz nur als gesamtheitliches Projekt zum Erfolg führen kann.

Was das Bürgerforum im Mai 2011 angestoßen hatte, wurde damit von der Kreisverwaltung aufgenommen und umgesetzt. Einige Aktivist/Innen der ersten Stunde sahen diese neue Führungsrolle zwar skeptisch, weil sie einen dezentral organisierten Prozess angestrebt hatten. Aber der positive Aufbruchgeist überwog deutlich. Am 6. Februar 2013 präsentierten die Student/innen unter großem Beifall vor zahlreichen Vertreter/innen des Bürgerforums und der Politik im Kreishaus in Wildeshausen ihre Ergebnisse. Die Fülle und Kreativität der Vorschläge zum Schutz des Klimas war beeindruckend. Einen Monat später fiel der endgültige Beschluss. Der Förderantrag auf Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts konnte eingereicht werden. Mitte Oktober 2013 traf die Fördergenehmigung ein.

„Auf die Plätze, fertig, los!“ Im Jahr 2014 ist es endlich so weit. Das Projekt „Integriertes Klimaschutzkonzept“<sup>11</sup> biegt in seine entscheidende Phase ein. Für die Beteiligten birgt dies neue Herausforderungen. Carsten Harings sieht es so: „Der ständige Druck der Bürgerinitiativen hat alles vorangebracht. Deshalb gelangten wir zur Erkenntnis, dass wir uns dem Thema Klimaschutz richtig stellen müssen. Wir wollen das jetzt vernünftig machen und die bestmögliche Lösung erreichen. Wir würden uns freuen, wenn man uns in dieser Hinsicht vertrauen würde.“. Cord Remke, Aktivist der ersten Stunde, ergänzte: „Das Konzept darf kein Ergebnis für die Schublade werden, sondern die Grundlage für weiteres Handeln. An der Umsetzung müssen wir die Arbeit von Kreispolitik und -verwaltung später messen.“

Dass Klimaschutz beim Landkreis Oldenburg schon jetzt eine wichtige Stellung eingenommen hat, zeigt sich an vielen Beispielen. So wurde im Jahr 2013 eine Internetseite

<sup>10</sup> <http://www.klimaschutz.de>

<sup>11</sup> <http://www.oldenburg.de/microsites/energie-klimaschutz/integriertes-energie-und-klimaschutzkonzept.html>



zum Thema Klimaschutz<sup>12</sup> eingerichtet, neue Auszubildende der Kommunen wurden bei den ‚Kennenlertagen‘ zum Thema Klimaschutz geschult, Vorträge zum Thema Klimawandel angeboten und das Projekt „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“<sup>13</sup> wird bereits erfolgreich umgesetzt.

Die inzwischen breit angelegte Partizipationsstruktur bietet allen Bürger/innen die Möglichkeit, sich aktiv an der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes zu engagieren. In den 2 Monaten nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung „Klimaschutzkonzept für den Landkreis Oldenburg, seine kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Wildeshausen“ am 7. Mai 2014 fanden zu unterschiedlichen Themen Workshops statt. Wie wichtig die Kreisverwaltung diesen Prozess erachtet, ist daraus ersichtlich, dass auch Themenfelder, die nicht vom Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefordert werden, diskutiert werden. So stellt das Handlungsfeld „Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft“ ein zusätzliches Angebot für Bürger/innen und Interessensvertreter/innen dar. Im Workshop „Mobilität“ gab es so viel Diskussionsbedarf und Ideen für den Klimaschutz, dass die Teilnehmer/innen auch über das Projekt hinaus einen regelmäßigen Gedankenaustausch weiterführen wollen.

Im nächsten Schritt wird der eingesetzte Klimaschutzbeirat die vorgeschlagenen Maßnahmen bewerten und priorisieren. Von der Kreisverwaltung wurde das Angebot an die Teilnehmer/innen des Klimaschutzbeirates gerichtet, dieses Gremium während der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes bestehen zu lassen. Wie dies im nächsten Jahr realisiert werden soll, wird in naher Zukunft unter allen Beiratsmitgliedern diskutiert werden.

Der Anfang ist gemacht. Ende 2014 soll das Konzept fertig sein. Der schwierige Prozess, möglichst viele Stimmen zu berücksichtigen, Konsens zu finden, und stets die Realisierbarkeit gewünschter Ziele im Auge zu behalten, wird sich zu diesem Zeitpunkt zu einem neuen Fundament für gemeinschaftliches Handeln verfestigt haben. Mit der strukturiert geplanten Einsparung von Treibhausgasemissionen auf Grundlage des Integrierten Klimaschutzkonzeptes kann es dann ab 2015 losgehen.

<sup>12</sup> <http://www.oldenburg.de/microsites/energie-klimaschutz.html>

<sup>13</sup> <http://www.landkreis-oldenburg.de/2774.html>

## 2. Eberswalde:

### “Wege entstehen, indem man sie geht”

„Wege entstehen, indem man sie geht.“ Unter diesem Motto überschrieb im September 2010 die damals neue Baudezernentin Anne Fellner einen Brief, den sie zu ihrem Dienstantritt an die Eberswalder Stadtverordneten versandte. Darin versprach sie, ihren Beitrag zur politischen Kultur in Eberswalde zu leisten.

Anne Fellner hatte sich mit Eberswalde einen neuen Arbeitsort ausgesucht, der seit der Wende einen ganz besonderen Wandel erlebt hatte. Aus der Industriestadt war ein mittelständisch geprägter Industrie- und Dienstleistungsstandort geworden. Wo zur DDR-Zeit Lücken im Stadtbild und ein fehlendes Zentrum an die Zerstörungen aus dem 2. Weltkrieg erinnerten, erfreuen inzwischen schmuck hergerichtete Gebäude in der Innenstadt das Auge. Ein quirliger bunter Marktplatz und viele kleine Geschäfte verbreiten eine einladende und tolerante Atmosphäre. Auch die Stimmung im Rathaus am Marktplatz ist offen und kooperativ.

Aber das war nicht immer so. Innerhalb der ersten drei Legislaturperioden nach dem Mauerfall wurden gleich zwei Bürgermeister abgewählt. Im ersten Fall, 1995, hieß einer der Gründe für den Vertrauensentzug ‚enttäuschte Erwartungen‘. Der Nachfolger des geschassten Stadtoberhaupts überschritt im Anschluss gar eine rote Linie. In Machermentalität nach Gutsherrenart betrieb er eine Politik der Geldgeschenke. 2006 bekam er dafür die Quittung. Sein explizit korruptes Verhalten zog gleich zwei rechtskräftige Verurteilungen nach sich, eine davon in letzter Instanz im Jahr 2011.

Die Eberswalder reagierten auf diese doppelte Enttäuschung mit der konsequenten Ablehnung eines selbstherrlichen Regierungs- und Verwaltungsstils. Die Zeit, da Abschottung und Vetternwirtschaft geduldet wurden, sollte vorbei sein. Auf Beschluss der Stadtverordneten wurde eine Anti-Korruptionsstelle eingerichtet. Außerdem bekam als neue Nummer Eins im Rathaus ein Mann mit ganz anderen Führungsqualitäten den Zuschlag. Friedhelm Boginski<sup>14</sup> von der FDP, gewählt im Herbst 2006 und mit großer Mehrheit im Herbst 2014 wiedergewählt, setzte als ehemaliger Schulleiter auf Dialog und kollektive Entscheidungsprozesse. Das war ein Kulturwandel, der sich in der Folge auch für den Klimaschutz auszahlte.

In der Soziologin und Stadtplanerin Anne Fellner fand der Bürgermeister ab 2010 eine kooperationsorientierte, aber gleichzeitig durchsetzungsstarke Mitstreiterin, die auch im Baudezernat für frischen Wind sorgte. Aus dem evangelischen Pfarrhaus ihrer Eltern brachte sie eine klare Überzeugung mit: den Respekt vor dem Leben und damit auch das Interesse an der Umwelt. Zusammen mit Silke Leuschner, der Leiterin des Stadtentwicklungsamtes, und unterstützt vom Bürgermeister nahm sie bald eine gewichtige Aufgabe in Angriff. Auf der Grundlage von bestehenden Plänen und Strategien wie der umweltfreundlichen „Stadt der kurzen Wege“ und dem Stadtentwicklungskonzept<sup>15</sup> von 2008 sollte eine prozessorientierte Stadtentwicklungsstrategie entstehen. Die beiden Frauen und der Bürgermeister bildeten ein

<sup>14</sup> <http://boginski.wordpress.com>

<sup>15</sup> <http://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/global/PDF/stadtplanung/Ausfertigung-INSEK-13032008-01.pdf>

Team, das sich in enger Abstimmung über wichtige Weichenstellungen verständigen konnte. Das Vorhandene musste so umgebaut und erweitert werden, dass Platz geschaffen wurde für neue Querschnitts- und Leitthemen. Energie- und Klimaschutz stellte dabei eine der zentralen Zukunftsaufgaben und Herausforderungen dar.

Allerdings braucht strategisch weitsichtiges Handeln Geduld. Zwischen Anne Fellners Amtsantritt und dem Beschluss zur Umsetzung eines integrierten Fachkonzepts zum Klimaschutz in der Stadtverordnetenversammlung vergingen drei Jahre. Eine ganze Reihe von weiteren Akteur/innen und Institutionen waren in dieser Zeit an der erfolgreichen Entwicklung beteiligt. Durch die „Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde“ (HNE)<sup>16</sup> wird vor Ort ein gesellschaftlicher Diskurs geprägt, der die Einwohner/innen für das Thema sensibilisierte. Die seit 1830 bestehende Wissenschaftseinrichtung trägt mit nationalen und internationalen Konferenzen zum Umwelt- und Klimabewusstsein in Eberswalde bei. Einen ganz direkten Einfluss übte außerdem das Vorbild des Landkreises Barnim aus, zu dem die Kreisstadt Eberswalde gehört. Bereits seit 2008 wird hier eine ambitionierte Null-Emissions-Strategie<sup>17</sup> als übergeordnetes Entwicklungsziel verfolgt. Konsequenterweise sitzt die Kreisverwaltung am Marktplatz im energieeffizienten ‚Paul-Wunderlich-Haus‘, das beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“<sup>18</sup> sogar einer der Preisträger war.

Die anspruchsvollen Barnimer Einsparziele lieferten den Grünen im Dezember 2010 die Begründung für einen wichtigen Vorstoß in Richtung Energiekonzept. Zwar ging die Stadtverordnetenversammlung zunächst nicht darauf ein; im Februar 2011 jedoch wendete sich das Blatt. Denn mit der Einrichtung eines Energiewirtschaftsausschusses auf Initiative der SPD fand sich plötzlich eine passende Diskussionsplattform – wenn auch aufgrund ganz anderer Motivationslagen. Auslöser für das neue Gremium unter Leitung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Götz Trieloff war das damals in ganz Deutschland erörterte Thema „Netze zurück in kommunale Hand“. In Eberswalde verschärfte allerdings noch eine weitere, äußerst umstrittene Frage die Situation. Sollten die vom ehemaligen Bürgermeister unter Korruptionsbedingungen verkauften Stadtwerke nicht wieder zurückgekauft werden? Ein äußerst „heißes Eisen“, dessen Klärung auch 2014 noch nicht abgeschlossen ist. Wesentlich erfolgreicher waren dagegen die Geschicke des Klimaschutzkonzepts.

Anne Fellner griff in die Debatte ein. Sie sagte: „Wenn, dann gleich richtig.“ Statt lediglich, wie beim Vorschlag der Grünen, den Energieaspekt zu betrachten, solle man die CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale aller relevanten Sektoren unter einer querschnittsorientierten Stadtentwicklungsperspektive untersuchen. Ihre Meinung vertrat sie nicht nur im Energiewirtschaftsausschuss. Unter dem avisierten neuen Zuschnitt sollte das Thema vom Amt für Wirtschaftsförderung ins Baudezernat wandern. Bürgermeister Friedhelm Boginski war einverstanden. Es wurde sogar eine eigene Stelle geschaffen. Severine Wolff, deren Arbeitszeit bereits zur Hälfte Energie- und Klimaschutzfragen gewidmet war, wurde ins Stadtentwicklungsamt versetzt. Dort sollte sie sich voll und ganz um das Thema kümmern. Auch die Stadtverordnetenversammlung fand sich bereit, ihren schon im Mai 2011 gefassten Beschluss für ein ‚kleines‘ Energiekonzept zu erweitern. Besonders die Grünen freuten sich, war doch ihr bescheidener Vorstoß unerwartet zu einem mehrere zehntausend Euro teureren Plan angewachsen. Und auch der FDP-Chef Götz Trieloff zeigte sich von Anne Fellners Herangehensweise angetan.

Im Februar 2012 fiel der Startschuss für die Erstellung eines großen integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit Mitteln des Landes Brandenburg aus dem Förderprogramm

<sup>16</sup> <http://www.hnee.de>

<sup>17</sup> <http://www.barnim.de/Kampagne-ERNEUER-BAR.4243.0.html>

<sup>18</sup> <http://kommunen.klimaschutz.de/wettbewerbe/wettbewerb-kommunaler-klimaschutz/wettbewerb-2011.html>

RENplus<sup>19</sup>. Nach Ausschreibung der Planungsleistungen und einem komplexen Bewerber-Bewertungsverfahren der Angebote wurde das Team Becker Giseke Mohren Richard bgmr Landschaftsarchitekten<sup>20</sup> und das Fachbüro BLS Energieplan<sup>21</sup> mit dem Prozess der Konzepterarbeitung beauftragt. Ein entscheidendes Auswahlkriterium für bgmr war dabei die Zielsetzung der Stadt, die Erarbeitung des Konzeptes mit einem breiten Beteiligungsprozess zu begleiten.

bgmr legten ein für Eberswalde maßgeschneidertes Angebot vor, das auf Zuspruch stieß. Es beruhte auf dem Ausgangspunkt, dass ein Energie- und Klimaschutzkonzept nur erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn es Akzeptanz findet und alle Akteur/innen von Anfang an eingebunden werden. An Hand verschiedener, gemeinsam mit der Stadt entwickelter Partizipationsformate wurde dieser Anspruch realisiert. Die Klimaschutzbeauftragte Severine Wolff kümmerte sich um die Arbeitsebene im Prozess, Silke Leuschner und Anne Fellner waren für die Steuerung zuständig.

Zunächst bildete sich innerhalb der Verwaltung eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ‚Energie‘, sodass frühzeitig Vorabstimmungen möglich wurden. Gleichzeitig wurde die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Ausschüssen für Energiewirtschaft sowie für Bau, Planung und Umwelt einbezogen. Außerdem wurden zwanzig Schlüsselpersonen aus dem Eberswalder Stadtleben ausgewählt, um in ausführlichen Interviews die Stärken und Schwachstellen der Kommune zu erläutern. Erfahrungen aus anderen Städten vermittelten bei drei projektbegleitenden Expert/innenworkshops einen Blick über den lokalen Tellerrand.

Ein breites Beteiligungsverfahren kam schließlich durch den sogenannten Eberswalder Klimatisch<sup>22</sup> in Gang, einem Austauschformat zwischen der (Fach-)Öffentlichkeit, den Verwaltungsakteur/innen und dem Bearbeitungsteam. Der Klimatisch tagte viermal zwischen dem 18. Juni 2012 und dem 18. September 2013. Noch spärlich besucht während der ersten Sitzung, sprach es sich schnell herum, dass hier jede einzelne Stimme gehört wurde. Zusammen konnten Inhalte, Leitbild und Maßnahmen erarbeitet werden. Zum letzten Termin erschien eine große Anzahl interessierter Bürger/innen, die gemeinsam priorisierten, welche Schritte im Aktionsplan zuerst in Angriff genommen werden sollten. Für den Einstieg setzte der Plan auf machbare Aufgaben, sei es das Pflanzen von hundert Bäumen pro Jahr oder die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED<sup>23</sup>.

Angereichert durch die gesammelten Erkenntnisse aus dem Partizipationsprozess schlossen bgmr ihre Arbeiten im Herbst 2013 ab. Im Dezember 2013 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das gesamte Paket. Damit war noch im alten Jahr der große Meilenstein geschafft. Im Jahr 2014 konnte die konkrete Arbeit starten.

Da das Leben nicht nur aus Erwerbsarbeit besteht, verabschiedete sich Severine Wolff im Frühjahr 2014 in die Babypause. Als zeitweiliger Ersatz wurde im Juni 2014 Jacob Renner eingestellt. Er hatte sofort alle Hände voll zu tun, ob bei der Vervollständigung der CO<sub>2</sub>-Bilanzen aus dem neuen integrierten „Energie- und Klimaschutzkonzept“<sup>24</sup> mit Aktionsplan oder auch bei der Vernetzung und Kooperation mit den bereits existierenden Strukturen und Projekten. Noch sind beispielsweise die Potenziale zur Kooperation mit der Hochschule für

<sup>19</sup> <http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=8223>

<sup>20</sup> <http://www.bgmr.de>

<sup>21</sup> <http://www.bls-energieplan.de>

<sup>22</sup> <http://www.eberswalde.de/singel-news.126+M5730fac06d7.0.html>

<sup>23</sup> Eine Leuchtdiode (kurz LED von englisch light-emitting diode, dt. Licht-emittierende Diode, auch Lumineszenz-Diode) ist ein lichtemittierendes Halbleiter-Bauelement, dessen elektrische Eigenschaften einer Diode entsprechen.

<sup>24</sup> <http://www.eberswalde.de/Energie-und-Kli.2564.0.html>

Nachhaltige Entwicklung nicht ausgeschöpft. Denn auch die Bildungsstätte arbeitet derzeit an einem eigenen Klimaschutzplan. Interessante Ansprechpartner wären außerdem das neue Zentrum für Erneuerbare Energien "Hermann Scheer" (E.I.C.H.E.)<sup>25</sup> und die Barnimer Energiegesellschaft (BEG)<sup>26</sup>. Auch ein Klimamarkt oder Klimaschutzwettbewerb im nächsten Jahr sind angedacht.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Klimaschutzbeauftragten ist die Beantragung von Fördergeldern der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>27</sup> für eine/n Klimaschutzmanager/in. Denn die Umsetzung des Aktionsplans ist kein Selbstläufer; ein großer Berg Arbeit wartet noch. Um den integrierten Ansatz in Eberswalde stetig voranzubringen, bedarf es deshalb systematischer Unterstützung durch eine zusätzliche Mitarbeiterin oder einen zusätzlichen Mitarbeiter. Nur mit vielen vereinten Kräften kann die Stadt tatsächlich zum Vorbild werden. Zwar ist der erste Aufschlag, mit dem Eberswalde einen umfassenden Klimaschutzprozess begonnen hat, ein voller Erfolg. Dennoch wird Klimaschutz eine Aufgabe bleiben, die niemals fertig ist und die immer wieder neue Herausforderungen bereithält. „Wege entstehen, indem man sie geht.“

<sup>25</sup> <http://www.eiche-brbg.de>

<sup>26</sup> <http://beg-barnim.de>

<sup>27</sup> <https://www.klimaschutz.de>

### 3. Flensburg: Der Masterplan - vom Ziel her denken!

Wo gibt's denn so 'was? Je ein Brötchen gratis für alle, die mit dem Rad zum Einkaufen beim Bäcker fahren? Aus Flensburg stammt dieses knusprige Lockangebot, das ein paar Geschäftsleute im Sommer 2014 ausgetüfelt hatten. Außergewöhnlich daran war, dass die teilnehmenden Bäckerei-Filialen nicht etwa ihre eigenen Produkte bewerben wollten. Stattdessen sollten Kunden motiviert werden, beim Zurücklegen kurzer Wege das Auto stehen zu lassen und beherzt in die Pedale zu treten. Über 2.000 kostenlose Brötchen konnten so verteilt werden.

Wenn phantasievolles Handeln zugunsten des Weltklimas gefragt ist, geht Deutschlands nördlichste kreisfreie Stadt immer wieder mit bestem Beispiel voran. Außergewöhnlicher Einfallsreichtum bei der Einsparung von CO<sub>2</sub> gehört hier immer mehr zum Alltag. Schließlich haben sich die Flensburgerinnen und Flensburger einem ehrgeizigen Masterplan verschrieben: Bis 2050 will die Stadt CO<sub>2</sub>-neutral werden. Ein international renommierter Professor und der Vorstand einer Flensburger Wohnungsbaugenossenschaft haben dieses Vorhaben ins Rollen gebracht.

Wer an der Förde wohnt, weiß seit jeher, was Hochwasser ist. Entsprechend betroffen reagierten die Flensburger/innen im Jahr 2007 auf die Nachricht vom zusätzlichen Meeresspiegelanstieg als Folge einer möglichen weltweiten Erwärmung von durchschnittlich mehr als zwei Grad Celsius<sup>28</sup>. Hunderte von Interessierten strömten zu den zahlreichen Informationsvorträgen von Dr. Olav Hohmeyer<sup>29</sup>, Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft an der Universität Flensburg. Der Ökonom war damals deutsches Mitglied im internationalen Büro des UN-Klimarats, der 2007 zusammen mit Al Gore den Friedensnobelpreis erhalten hatte. Sein Renommee prädestinierte Prof. Dr. Olav Hohmeyer auch als Sprecher für hochkarätige Veranstaltungen, sei es bei der Industrie- und Handelskammer oder diversen Jahrestagungen. Nachdem Raimund Dankowski, Vorstand des Flensburger Selbsthilfe-Bauvereins (SBV)<sup>30</sup>, so mehrmals den Appell des Wissenschaftlers gehört hatte, griff er zum Telefonhörer. Es war ihm klar geworden, dass der Kampf gegen den Klimawandel direkt vor Ort anfangen musste, und er wollte dazu seinen Beitrag leisten.

#### Der Klimapakt Flensburg e.V.

Aus dem Gespräch der beiden Männer resultierte ein Workshop im Mai 2008, für den Raimund Dankowski mehrere Kollegen/innen von Wohnungsbaugenossenschaften in Schleswig-Holstein interessieren konnte. Die Wirtschaftsakteure stellten in ihrer gemeinsamen Diskussion ebenso pragmatisch wie zielstrebig fest, dass wirkungsvolles Handeln nicht ohne Strategie und vor allem nicht ohne den zentralen Energieversorger der Stadt durchgeführt werden kann. Bereits seit den späten 60er-Jahren beliefern die Stadtwerke Flensburg 98 % aller Haushalte mit Energie auf der Basis von Kraft-Wärme-

<sup>28</sup> gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung

<sup>29</sup> [http://www.iim.uni-flensburg.de/eum/front\\_content.php?idart=4104](http://www.iim.uni-flensburg.de/eum/front_content.php?idart=4104)

<sup>30</sup> <http://www.sbv-flensburg.de>

Kopplung über ein Fernwärmenetz. Neben der energetischen Gebäudesanierung würde gerade die Umstellung der Befeuerung auf regenerative Ressourcen<sup>31</sup> zu großer Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen führen. Andere wichtige Akteure wie die Verkehrsunternehmen in der Stadt oder die Stadt selbst könnten ebenfalls einen substantiellen Beitrag leisten. Mit dieser Fokussierung auf konzentrierte Maßnahmen entwickelte sich das erste Arbeitstreffen zu einer Keimzelle hin zu einem integrierten Klimaschutzkonzept - „eine erstaunliche Metamorphose“, freut sich Prof. Dr. Olav Hohmeyer auch noch Jahre später.

Raimund Dankowski sprach in den Monaten danach persönlich mit einer Reihe von einflussreichen Geschäftsführer/innen, sei es von der IHK oder auch von besonders energieintensiven Unternehmen und Betrieben. Vor allem gelang es ihm, die Stadtwerke sowie den ehemaligen Oberbürgermeister Flensburgs zu begeistern. Klaus Tscheuschner gefiel der Plan, in Flensburg die Bündelung von Klimaschutzvorhaben voranzutreiben und die Stadtverwaltung mit einzubeziehen. Dies hatte seinen Grund auch darin, dass er gleichzeitig mit einer zweiten Anfrage zum Thema Klimaschutz konfrontiert wurde, und zwar durch das studentisch geprägte „Project Zero“<sup>32</sup> nach dänischem Vorbild. Im Vorfeld der mit viel Spannung erwarteten COP 15 im Jahr 2009 in Kopenhagen schien die Zeit reif zum Handeln.

Der Oberbürgermeister lud sechzehn Institutionen mit ihren Spitzenvertreter/innen zu einem zweiten Arbeitstreffen im Oktober 2008. Damit war das Thema im Vorstand der Stadt Flensburg gesetzt. Das Ergebnis ist gut dokumentiert. Am 17. Dezember 2008 wurde eine bundesweit einmalige Organisation, der Klimapakt Flensburg<sup>33</sup> mit Klaus Tscheuschner und Raimund Dankowski als Vorstandsmitgliedern gegründet. Die Zahl der zunächst zehn regulären Mitglieder wuchs in den folgenden Jahren deutlich an und pendelte sich bis 2014 zwischen fünfzehn und zwanzig Personen ein. Zur breiten Palette der Beteiligten gehörten Schlüsselunternehmen, Krankenhäuser, Hochschulen und die Sparkasse.

Öffentlich präsentierte sich der Klimapakt erstmals im Mai 2009, begleitet von der Gewinnverlosung für einen Ideenwettbewerb zur ganz persönlichen Emissionseinsparung. „Politiker/innen als Vorbild auf dem Fahrrad“ – so lautete der prämierte Vorschlag. Von Anfang an war es eine wichtige Klimapakt-Strategie, die Bevölkerung mit vielen kleinen Aktionen mitzunehmen und dabei die Presse einzubeziehen. Damit konnte sich der Verein auch gegenüber der Politik als ernstzunehmender Akteur in der Stadt etablieren, der die Sympathie der öffentlichen Meinung genoss. Um gleichzeitig die eigene Handlungsfähigkeit sicher zu stellen, galt für jedes Mitglied ein Vereinsbeitrag von 5.000 Euro pro Jahr.

Mit Hilfe der Einnahmen wurde in einem ersten Schritt die Universität Flensburg beauftragt, eine CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt insgesamt zu erstellen. Außerdem sollte mittels eines Business-as-usual-Szenario (BAU-Szenario)<sup>34</sup> abgeschätzt werden, was geschähe, wenn in Flensburg alles so weiterginge wie bisher. Das Ergebnis der Berechnungen von Prof. Dr. Olav Hohmeyer und seinem Team unter Leitung von Helge Maas<sup>35</sup> untermauerte die vorhandenen Vermutungen mit eindeutigen Fakten. Denn das selbst gesetzte Ziel des Klimapakts vom Winter 2008, bis zum Jahre 2020 eine Reduzierung der Treibhausgase um 30 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu erreichen und bis zum Jahre 2050 die CO<sub>2</sub>-

<sup>31</sup> nachwachsende Ressourcen

<sup>32</sup> <http://www.projectzero.dk>

<sup>33</sup> <http://www.klimapakt-flensburg.de>

<sup>34</sup> Ein BAU-Szenario stellt die mögliche zukünftige Entwicklung dar, dass abgesehen von bereits beschlossenen (politischen) Maßnahmen keine Förderung erneuerbarer Energien erfolgt. Mit dieser Methode soll ein „Referenzszenario“ entwickelt werden, um die Lücke zwischen dem in einem Szenario definierten Ausbau und der wahrscheinlichen Entwicklung ohne weiteres Handeln abzubilden.

<sup>35</sup> [http://www.iim.uni-flensburg.de/eum/front\\_content.php?idcat=2212](http://www.iim.uni-flensburg.de/eum/front_content.php?idcat=2212)



Neutralität in Flensburg herzustellen, war alles andere als ein Selbstläufer. Aus der universitäts-universitären Analyse ging hervor, „dass sich ohne über die gesetzlichen Vorgaben hinaus gehendes eigenständiges Handeln in Flensburg die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von ca. 1 Million Tonnen im Jahre 2006 nur um ca. 20 % auf gut 800.000 Tonnen verringern würden“, wie der Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Umweltplanung Olaf Carstensen und sein Mitarbeiter Joachim Kaulbars in der Beschlussvorlage RV-116/2011 schreiben. Ein umsetzungsorientierter, praktikabler Plan mit zusätzlichen Maßnahmen war gefragt, wenn man mit Klimaschutz wirklich Ernst machen wollte.

### **Das integrierte Klimaschutzkonzept**

Der Flensburger Klimapakt stand von Anfang an für strategische Zielorientierung und Synergieeffekte durch vertrauensvolle Zusammenarbeit. Zusammen mit den Vorarbeiten der Universität ergab sich so eine ideale Grundlage für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts. Sogar der politisch häufig kontrovers diskutierende Rat der Stadt Flensburg ließ sich von diesen Argumenten überzeugen. Nach intensiven Beratungen in den Ausschüssen folgte er der Empfehlung von Oberbürgermeister und Verwaltung und erklärte sich bereit, den vorgeschriebenen finanziellen Eigenanteil für einen Antrag auf Fördermittel der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>36</sup> beizusteuern. Im Dezember 2009 wurde der beschlossene Antrag eingereicht und nach einiger Bearbeitungszeit im Ende August 2010 vom Projektträger Jülich (PtJ)<sup>37</sup> positiv beschieden.

Als es an die Arbeit ging, machte der Klimapakt im September 2010 bei einem internen Workshop den ersten Aufschlag. Dabei wurden die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen bei den einzelnen Mitgliedsunternehmen zusammengestellt und die wichtigsten Herausforderungen samt möglichen Lösungsansätzen in den einzelnen Sektoren skizziert. Außerdem engagierte der Klimapakt das Büro OEDING<sup>38</sup>, das ein professionelles Kommunikationskonzept inklusive Website ausarbeitete. Auf dieser Grundlage erfolgt seitdem die gesamte Marketing- und Kampagnenarbeit des Klimapaktes. Dazu gehören beispielsweise die eingangs beschriebene Aktion „Gratis Brötchen für Fahrradfahrer“, aber auch das Image-Video „Wir packen das!“<sup>39</sup>. Das dauerhafte Engagement von Büro OEDING mit seiner hohen Expertise für Flensburg gängige Themen sowie die Ansprache von Schüler/innen und jungen Leuten trägt so maßgeblich zum Erfolg des Klimapaktes bei.

Für die Konzepterstellung selbst beauftragte die Stadt ab Oktober 2010 Prof. Dr. Hohmeyer und sein Team. Bei der anfänglichen Analyse von Klimaschutzkonzepten anderer Kommunen wurde den Forscher/innen klar, dass in Flensburg nicht nur das vorbildliche Verwaltungshandeln der Stadt eine entscheidende Rolle spielt. Zur Zielerreichung sollte der Schwerpunkt weiter auf der direkten Zusammenarbeit mit ansässigen Unternehmen und den Flensburger Bürger/innen liegen. Um in einem breiten Beteiligungsprozess die Einsparpotenziale für Treibhausgasemissionen zu ermitteln, fanden deshalb von Februar bis August 2011 sechzehn Workshops zu den verschiedenen Sektoren statt, wie beispielsweise Verkehr, Bauen oder Wärmeversorgung. Flankierend knüpften in dieser Zeit mehrere Kampagnen thematisch an die Workshops an, und lenkten so die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Konzepterstellung. An den Arbeitstreffen der Universität partizipierten praktisch alle großen Industriebetriebe der Stadt sowie eine ganze Reihe von Bürger/innen.

<sup>36</sup> <https://www.klimaschutz.de>

<sup>37</sup> <https://www.ptj.de>

<sup>38</sup> <http://www.buerooeding.de>

<sup>39</sup> vgl. [https://www.youtube.com/watch?v=w6Ti\\_T61IzY](https://www.youtube.com/watch?v=w6Ti_T61IzY)



Die ungewohnte Universitäts-Atmosphäre und die gut durchmischte Teilnehmer/innenrunde wirkten inspirierend, ebenso die Vorgabe, ausgehend von der Wegmarke ‚2050‘ in konkreten Visionen zu denken. Helge Maas, Prof. Dr. Olav Hohmeyers Teamleiter, stellte mit dem sogenannten „Transition Management“-Ansatz<sup>40</sup> einen innovativen theoretischen Rahmen bereit. Am heißesten wurde über ein besonders heikles Thema debattiert, erinnert sich Heinz-Jürgen Galle von der Flensburger Fahrzeugbau GmbH. „Schaffen wir es, unsere Ziele über technische Maßnahmen zu erreichen und in wie weit brauchen wir Verhaltensänderungen?“ Gerade der Verkehrssektor hatte in Flensburg durch eine deutliche Zunahme der PKW-Zulassungen seit den 90er-Jahren stark zum Emissionsanstieg beigetragen. Könnte eine neue Verkehrskonzeption und ein neues Mobilitätsverhalten nicht ein wichtiger Teil der Lösung sein? Wie würde der ÖPNV attraktiver?

Das Ergebnis der Diskussionen schlug sich im fertigen Klimaschutzkonzept nieder, das am 2. Dezember 2011 im dicht besetzten Bürgersaal vorgestellt wurde. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den neuen Vorsitzenden des Klimapakts, Bürgermeister und Kämmerer Henning Brüggemann. Er konnte an diesem Abend über 500 Menschen begrüßen, die nicht nur die feierliche Ergebnispräsentation, sondern auch den unterstützenden Begleitvortrag des Abenteurers und Expeditionsleiters Arved Fuchs<sup>41</sup> hören wollten. Der Polarexperte stellte ganz plastisch dar, wie wichtig auch die lokalen Aktivitäten des Klimapakts Flensburg zur Bekämpfung der anwachsenden Schäden in der Arktis sind.

### **Der Masterplan**

Bereits während der Arbeit am integrierten Klimaschutzkonzept wussten Prof. Dr. Olav Hohmeyer und sein Team, dass der Bund für ausgewählte Kommunen ein experimentelles Förderprogramm zur Umsetzung besonders ambitionierter Klimaschutzkonzepte aufgelegt hatte, das Masterplanprogramm. Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm war neben einem 95 %igen CO<sub>2</sub>-Einsparziel die Bereitschaft der Stadt, ihren Energieverbrauch bis 2050 um 50 % zu halbieren. Mit den geleisteten Vorarbeiten erschien es nicht schwer diesen Vorgaben zu genügen. Deshalb wurde unter breiter Unterstützung der Ratsversammlung beim Bundesumweltministerium ein Antrag auf Teilnahme am Masterplanprogramm<sup>42</sup> gestellt. Um die Wartezeit bis zur Entscheidung zu überbrücken, hielt das Team von Prof. Dr. Hohmeyer die unterschiedlichsten Akteure der Stadt, vom Rotary-Club bis hin zu verschiedenen Stadtteilforen, mit Vorträgen auf dem Laufenden. Im Mai 2012 kam endlich die Nachricht aus Berlin, dass sich Flensburg zusammen mit achtzehn anderen Kommunen beim Wettbewerb um die attraktiven Unterstützungsgelder von 512.000 Euro für einen Vier-Jahres-Zeitraum durchgesetzt hatte. Zu dieser Förderquote von 80 % steuerte die Stadt noch einmal 128.000 Euro bei.

Mit dem großzügigen Geldsegen konnten die nötigen Stellen geschaffen werden. Im Juli 2012 begann der erste Klimaschutzmanager von Flensburg, Martin Beer, seine Arbeit. Während er als Assistent von Prof. Dr. Hohmeyer die Entwicklung des Klimaschutzkonzepts begleitet hatte, konnte er jetzt mit dessen Umsetzung und weiteren Verfeinerungen im Rahmen des Masterplan-Projekts fortfahren. Ganz zugeschnitten auf die spezielle Flensburger Situation ist sein Posten bei der Stadt angesiedelt, seine tatsächlichen Aufgaben aber liegen zur Hälfte beim Klimapakt-Verein und zur Hälfte bei der Stadt. Somit

<sup>40</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Transition\\_Management](http://de.wikipedia.org/wiki/Transition_Management)

<sup>41</sup> <http://www.arved-fuchs.de>

<sup>42</sup> <http://kommunen.klimaschutz.de/foerderung/kommunalrichtlinienu/masterplan-100-klimaschutz.html>

richtet sich der Schwerpunkt seiner Tätigkeit nicht auf das Verwaltungshandeln allein, sondern auf die Kombination mit einem Hineinwirken in die Zivilgesellschaft.

Von Anfang an musste Martin Beer deshalb in einem komplexen Hierarchiegefüge seinen Weg finden. Denn die Stadt war zwar selbst Mitglied im Verein, aber Martin Beer war nicht direkt dem Vorsitzenden des Klimapakts, Bürgermeister Henning Brüggemann, unterstellt, sondern angesiedelt in der Abteilung Stadtentwicklung und Umweltplanung im Fachbereich Entwicklung und Innovation. Wie das neu geschaffene Tätigkeitsfeld „Klimaschutzmanagement“ in bestehende Verwaltungsstrukturen eingebettet und alle thematisch betroffenen Akteure eingebunden werden konnten, sollte darüber hinaus in den nächsten Jahren ein anspruchsvolle Frage bleiben.

Mit dem vierjährigen Masterplan-Projekt führte Martin Beer das Klimaschutzhandeln in der Stadt an der Förde in eine Phase voller neuer Herausforderungen zwischen Experiment und Durchhaltevermögen. Zunächst stand von 2012 – 2013 hauptsächlich die weitere Konzeptentwicklung an. In dieser Zeit bewährte sich die eifrige Kampagnenarbeit der Kommunikationsagentur „Büro Oeding“. Sie bot den Einwohner/innen Flensburgs zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten und verschaffte damit den Medien Anlässe zur Berichterstattung. Aktionen wie „Wir radeln zur Arbeit“ oder „Frühstück mit dem Bürgermeister“, aber auch die zusammen mit der Volkshochschule veranstalteten Exkursionen zu Mitgliedsunternehmen des Klimapakts wurden gut angenommen. Dennoch machte sich langsam Ungeduld breit. Wann endlich würden auf die vielen konzeptionellen Worte Taten und damit sichtbare Neuerungen folgen?

### **Die Umsetzung ist das Ziel**

Den offiziellen Beginn der Umsetzung markierte die Flensburger Ratsversammlung mit der Verabschiedung des detailliert durchkomponierten Masterplans am 16. Januar 2014. Schon im Herbst 2013 wurden zwei neue Kollegen für Martin Beer eingestellt, Till Fuder und Eyke Bittner. Letzterer übernahm von Joachim Kaulbars die Finalisierung des wichtigen, nach außen gut sichtbaren Leuchtturmprojekts „Car-Sharing“<sup>43</sup>. Mit viel Phantasie und der tatkräftigen Hilfe professioneller Beratung hatten die Klimapakt-Mitglieder zusammen mit der Flensburger Verwaltung ein Geschäftsmodell entwickelt, das trotz der eigentlich zu geringen Kundenzahl in einer Stadt mit 90.000 Einwohner/innen wie Flensburg wirtschaftlich erfolgreich sein könnte. Ab 2015 muss sich jetzt beweisen, ob die geplante Kooperation von den Bürger/innen Flensburgs tatsächlich angenommen wird. Auch das Erfolgspotenzial der vielen weiteren, hier nicht genannten Masterplan-Projekte kann sich erst in der Zukunft entfalten. Bereits jetzt sichtbar ist aber das gute Vorbild vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung, die aufs Fahrrad oder zumindest auf ein deutlich sparsameres Auto umgestiegen sind.

„Das größte Problem, das Sie haben ist eine falsche Erwartungshaltung in Bezug auf die Geschwindigkeit der Prozesse“, warnt Prof. Dr. Hohmeyer jedoch. Die tatsächliche Umsetzung einer Strategie hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität würde viele Jahre dauern, da brauche man Geduld. Dr. Peter Schroeders, Fachbereichsleiter Entwicklung und Innovation bei der Stadt Flensburg ergänzt: „Klimaschutz muss Kontinuität bekommen. Unser Team befeuert jetzt die Debatte mit der Arbeit an den Projekten. Der jetzige Förderzeitraum wird jedoch kaum ausreichen, um das Thema dauerhaft zu verankern. Man müsste noch einmal um drei Jahre verlängern.“ Hilfreich wäre es außerdem, wenn die verschiedenen administrativen Ebenen besser aufeinander abgestimmt würden. So lange die Bau- und

<sup>43</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Carsharing>

Planungsgesetzgebung immer noch auf die autogerechte Stadt zielt und beim Neubau Stell-  
Stellplatznachweise gefordert werden, ist es schwer, klimagerechte Mobilitätsformen zu  
etablieren. Es scheint, dass die effektive Willensbildung zum Klimaschutz damit beginnt,  
vom Ziel her zu denken. Sie kann jedoch nur Erfolg haben, wenn das Erstrebte auf Dauer im  
Blick bleibt und der Weg dorthin auf vielfältige Weise verstetigt und institutionalisiert wird.

## 4. und 5: Teltow und Kleinmachnow . Zwei Kommunen, eine gemeinsame Geschichte. Nicht ohne meine lokale Agenda

Ein futuristischer Anblick bot sich am 11. August 2014 in Kleinmachnow. Fünf „Twizzys“ und ein „Twike“ – das sind kleine Elektrofahrzeuge in innovativ stromlinienförmigem Design – standen beim Rathaus und saugten Strom aus der dortigen Ladestation. Die sechs lautlosen Flitzer, die im Sommer 2014 auf ihrer Reise durch Deutschland vor den Toren Berlins Halt machten, gehören zur Avantgarde der Fortbewegungsmittel.

Fünf Jahre lang kann in Kleinmachnow schon postfossil getankt werden. In der Nachbarstadt Teltow schloss man sich dem Trend inzwischen auch an. Zur „etour-Brandenburg 2014“<sup>44</sup> trudelten über sechzig Elektroautos über das alte Kopfsteinpflaster zum Parkplatz hinter dem Markt. Dort wurde die erste Stromzapfsäule eingeweiht – ein Baustein im kommunalen Klimaschutz, wie Teltows Bürgermeister Thomas Schmidt betonte.

Mit deutlich bayerischem Akzent assistierte ihm Katharina List: „Wir wollen die Elektromobilität fördern. Deswegen bleibt das Aufladen für Sie *jetzt* erstmal kostenfrei.“ Diese Nachricht kam gut an, aber auch der charmant bodenständige Zungenschlag der jungen Frau gefiel dem Publikum. Katharina List weiß, wie man gut kommuniziert. Gerade in ihrem Beruf ist das wichtig, denn sie ist seit 2012 Klimaschutzmanagerin für die Partnergemeinden Teltow und Kleinmachnow.

In den beiden Nachbarkommunen wird von jeher vieles gemeinsam abgestimmt. Bereits seit 1996 kooperiert man zusammen mit Stahnsdorf auf regionaler Ebene, von 1999 bis zum Frühjahr 2014 im Gremium „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft ‚Der Teltow‘“<sup>45</sup> (KAT), die demnächst von einem Regionalausschuss abgelöst werden soll. Oft standen hochbrisante Fragen auf der Tagesordnung, sei es der öffentliche Nahverkehr, die Fusion der drei Orte oder aber ein gemeinsames Stadtwerk. Was lag also näher, als auch beim Klimaschutz die Kräfte zu bündeln?

Als es aber Anfang 2011 darum ging ein Klimaschutzmanagement zu beantragen, musste Stahnsdorf passen. Die Richtlinien der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>46</sup> erlauben es nur jenen benachbarten Kommunen, einen gemeinsamen Förderantrag zu stellen, die bereits ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellt haben. In Kleinmachnow und Teltow gab es unabhängig voneinander seit 2010 solch ein Konzept, in Stahnsdorf jedoch nicht.

Aber auch ohne die Dritte im Bunde hat Katharina List seit ihrem ersten Arbeitstag im Januar 2012 ein komplexes Aufgabenbündel zu bewältigen. In den Partnergemeinden Teltow und Kleinmachnow konnten die Aktiven der Lokalen Agenda 21<sup>47</sup> durch stetigen Druck auf Politik und Verwaltung unter anderem den Bau von Solaranlagen, die Förderung der Elektromobilität und eben auch ein Klimaschutzmanagement durchsetzen. Eine ganze Reihe

<sup>44</sup> <http://www.etour-brandenburg.de>

<sup>45</sup> <http://kleinmachnow.de/staticsite/staticsite.php?menuid=179>

<sup>46</sup> <http://www.klimaschutz.de>

<sup>47</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Lokale\\_Agenda\\_21](http://de.wikipedia.org/wiki/Lokale_Agenda_21)

ambitionierter Forderungen bleibt aber noch uneingelöst. Katharina List erbte somit die Bilanz eines guten Jahrzehnts kommunaler Anstrengungen für mehr Klimaschutz. Mit einem Blick zurück soll nachvollzogen werden, wie das Engagement gegen den Klimawandel in den beiden Kommunen vor den Toren Berlins verlaufen ist.

### **Die Agenda 21 entwickelt in Kleinmachnow ein Leitbild**

Kleinmachnow, zu DDR-Zeiten zwischen zwei Mauern eingeklemmt, erlebte seit der deutschen Vereinigung einen starken Aufschwung. Immer mehr Menschen zogen in die Gemeinde. Der ungestüme Zuwachs zog Verkehrsbelastungen, ungezügelter Bautätigkeit und sichtbare Naturzerstörung nach sich. Auf diese negativen Veränderungen in ihrer gewohnten Lebensumgebung reagierten einige Bürger/innen mit Ärger und Unverständnis. Um dem entgegenzuwirken brachte der frühere Präsident des Landesumweltamtes und damalige Vorsitzende der Gemeindevertretung, Dr. Walter Haase, im November 1997 den Beschluss für eine Lokale Agenda 21 auf den Weg. Wolfgang Blasig<sup>48</sup>, heute Landrat, aber von 1994 bis 2008 Bürgermeister von Kleinmachnow, stellte den Schirmherrn. Bald darauf bildeten sich sieben Arbeitsgruppen (AGs), darunter eine für Energie und Klimaschutz.

Schon damals wurden sehr ambitionierte Forderungen formuliert. So sollte bei Neubauvorhaben eine „günstige Dachneigungen für die Nutzung der Sonnenenergie“ berücksichtigt werden. Aus den AGs heraus entwickelte sich im Jahr 2000 das von der Gemeindevertretung verabschiedete Leitbild für eine umweltgerechte Entwicklung Kleinmachnows. Eine weitere wichtige Selbstverpflichtung ging Kleinmachnow ein, als die Kommune 2004 dem Klima-Bündnis<sup>49</sup> der europäischen Städte beitrug.

### **Die Agenda 21 wird Teil des „Teltower Wegs“**

Ähnlich wie in Kleinmachnow begann auch in Teltow noch vor der Jahrtausendwende ein von den Stadtverordneten beschlossener Agenda-Prozess. Wie in der Partnergemeinde stießen die Planungen des Bauamts auch hier bei der Bevölkerung auf Widerstand. Statt Wohnblöcken und groß ausgebauter Durchgangsstraßen wünschte man sich einen City-Bus, Spielplätze, Blumenampeln und Fahrradwege. Die Agenda-Aktive Elisabeth Camin-Schmid erinnert sich noch gut daran, dass sie einen langen Marsch durch die Fraktionen unternahm, um für Tempo-30-Zonen zu werben.

Um solch bürgerschaftliches Engagement im Politikprozess auch längerfristig wirksam werden zu lassen, suchte der 2002 neu gewählte Bürgermeister Thomas Schmidt nach einer innovativen institutionellen Verankerung. Er ernannte seinen Stadtplaner Klaus Georg Weißenberg zum Regionalmanager und Ansprechpartner der Lokalen Agenda 21 und stattete ihn mit einem Sachmittelbudget aus. Das weitere Vorgehen ist gut dokumentiert und nennt sich „Teltower Weg“<sup>50</sup>. Klaus Georg Weißenberg entwickelte zusammen mit dem Bürgermeister einen von der Stadtverordnetenversammlung abgesegneten Prozess, bei dem die Agenda Vorschläge zu Projekten ausarbeitet, die von der Verwaltung geprüft und gegebenenfalls von den Stadtverordneten beschlossen werden. Auf diese Weise sollen diejenigen, die die Weisungen aus der Politik umsetzen sollen, schon früh im Prozess mitgenommen werden. Andererseits können Stadtverordnete aktiv in den Agenda-Arbeitsgruppen mitwirken und sind deshalb vorbereitet auf entsprechende Anträge.

<sup>48</sup> <http://www.potsdam-mittelmark.de/opencms/opencms/pm/de/landkreis/verwaltung/landrat.jsp?funktion=Landrat>

<sup>49</sup> <http://www.klimabuendnis.org/home.html?&L=1>

<sup>50</sup> <http://www.teltow.de/fileadmin/media/Flyer/LokAgenda/Agenda-21-Flyer.pdf>

Was auf dem Papier so plausibel klingt, funktioniert zwar auch in der Wirklichkeit, allerdings nicht ohne Tücken. Trotz der Einbindung von Fraktionsvertretern in die Agenda-Arbeit gab es Widerstände, die außerparlamentarischen Anregungen nicht als Konkurrenz zu begreifen. Außerdem prallten im von Klaus Georg Weißenberg moderierten Plenum unterschiedliche Standpunkte aufeinander. Auf der einen Seite stand die ruhige und zielorientierte Vorgehensweise, eingebrachte Vorschläge zu begutachten, auf der anderen Seite der Wunsch engagierter Bürger/innen auch über mutige und kreative Vorschläge zu debattieren. Trotz solcher Reibungspunkte erwies sich der „Teltower Weg“ als insgesamt derart erfolgreich, dass viele preisgekrönte Projekte daraus erwuchsen. Nicht zuletzt das Teltower Klimaschutzkonzept<sup>51</sup> sollte den Agenda 21-Preis vom Landkreis Potsdam-Mittelmark erhalten.

Ohne Hilfe von außen wären die Agenda-Aktiven bei einem besonders ambitionierten Vorreiterprojekt jedoch gescheitert. Im Frühjahr 2005 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Anregung der Agenda, dass das Dach der Bruno-Bürgel-Schule mit Photovoltaik bestückt werden sollte. Geplant war eine Finanzierung als Bürgersolaranlage<sup>52</sup>, sodass die Stadtkasse nicht belastet würde. Elisabeth Camin-Schmid, die nimmermüde Triebkraft der Agenda in Teltow, trommelte Interessenten zusammen, die unter dem Dach der Agenda als AG Bürger-Solaranlage eine GbR<sup>53</sup> gründeten.

Aber die Zeichnung der Anteile verlief schleppend. Schon stand ein Scheitern des Projekts im Raum, als es durch eine unerwartete Finanzspritze vom Berliner Solarverein gerettet wurde. Mit über 80.000 Euro aus der Hauptstadt, die eigentlich für ein anderes, tatsächlich gescheitertes Projekt eingesammelt worden waren, konnte der Bau der Anlage nach Ausarbeitung und Unterzeichnung des Gesellschafter-, Kredit- und Dachnutzungsvertrag im Herbst 2005 in Auftrag gegeben werden. Seit dem 14. November 2005 produziert diese Anlage, ein Gemeinschaftswerk vieler, im Durchschnitt jährlich zwischen 26.000 und 30.000 kWh Solarstrom.

### **Kleinmachnow im Spannungsfeld seiner Ambitionen**

Die Kleinmachnower Aktiven hatten mit ihrem zeitgleich geplanten ersten Solarprojekt 2005 nicht so viel Glück. Sie gründeten eine GbR mit dem Ziel, auf dem Dach des Rathauses eine Photovoltaik-Anlage zu errichten. Doch soweit sollte es nicht kommen. Trotz des ambitionierten Leitbildes, das die Stadtverordneten im Jahr 2000 verabschiedet hatten, gab es kein grünes Licht aus der Politik für den selbsterzeugten Strom. Dadurch wurde ein Unmut verstärkt, der sich schon seit einiger Zeit aufgestaut hatte. Klagen über nichterfüllte Zusagen standen im Raum. Die Klimaschützer unter den Agenda-Aktiven fühlten sich ignoriert und brüskiert. Ihre Expertise wurde nicht nachgefragt, im Gegenteil. Der märkischen Zeitung gaben sie im Spätherbst 2005 ein Interview, in dem Bürgermeister Wolfgang Blasig mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, er mache „mitwirkungsbereite Bürger zu öffentlichen Kritikern“. Blasig konterte – so steht es jedenfalls zu lesen –, dass man nicht alle „revolutionären Ziele“ der Klimaschützer/innen umsetzen könne. Aber man befinde sich sehr wohl im regen Gedankenaustausch.

Der Zwist offenbarte nicht nur eine wachsende Kluft, sondern auch eine allgemeine Problematik. In der Mitte des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende fühlten sich

<sup>51</sup> <http://www.teltow.de/rathaus-politik/klimaschutzkonzept.html>

<sup>52</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgersolaranlage>

<sup>53</sup> [http://www.solarverein-berlin.de/buergersolaranlagen\\_1.htm](http://www.solarverein-berlin.de/buergersolaranlagen_1.htm)

viele Agenda-Aktive der ersten Stunde ausgelaugt. Auch in Kleinmachnow und Teltow zeigte sich, dass der Kampf für nachhaltige Erneuerung nur äußerst langsam Ergebnisse und wenig persönliche Anerkennung einbrachte. Oftmals zogen sich Aktivist/innen erschöpft zurück und der Prozess kam zum Erliegen. In den klimainteressierten Partnerkommunen der KAT blieb das Engagement jedoch überdurchschnittlich hoch. Für ausgeschiedene Mitglieder sprangen neue Bürger/innen in die Bresche. Einer davon war Julian Affeldt aus Kleinmachnow.

Der Geowissenschaftler und Pädagoge kam schon in den frühen 90er-Jahren mit Solartechnologie und mit dem Thema Klimawandel in Berührung. Das hat ihn geprägt. Auf seinem eigenen Hausdach produziert seit 2001 eine Solaranlage warmes Wasser. Außerdem deckt seit 2007 selbstproduzierter Photovoltaik-Strom den Eigenbedarf seiner Familie, u. a. für das Elektroauto. Als glühender Verfechter der strombasierten Fortbewegung war Julian Affeldt auch die treibende Kraft hinter der Errichtung von Stromtankstellen in Kleinmachnow. Im Jahr 2007 veranstaltete er anlässlich der Woche der Sonne einen Tag der offenen Tür bei sich zu Hause. Dr. Walter Haase, Gründer der Agenda, kam auf ihn zu und interessierte ihn für die Agenda-AG Energie und Klimaschutz. Seitdem ist Julian Affeldt einer der wichtigsten Protagonisten beim Klimaschutz in Kleinmachnow.

Auch auf internationaler und nationaler Ebene setzte sich im Jahr 2007 ein neuer Motivationsschub zur Bekämpfung des Klimawandels in Gang. Ausgelöst durch die Veröffentlichung des 4. IPCC-Berichts<sup>54</sup> verabschiedete das Bundeskabinett mit den Meseberger Beschlüssen ein „Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm“<sup>55</sup>, das insbesondere die Kommunen aufforderte aktiv zu werden. In Kleinmachnow wurde auf dem Dach der Maxim-Gorki-Gesamtschule die erste Bürgersolaranlage installiert. Im selben Jahr entstand außerdem ein Diskussionsprozess, aus dem 2008 ein äußerst ambitioniertes Papier hervorging:

„Kleinmachnow schützt sein Klima“ hieß das Aktionsprogramm mit siebzehn Startmaßnahmen, auf das sich die Agenda 21 und die Gemeinde geeinigt hatten. Die Initiative war so ehrgeizig, dass der Spitzname „KLIMA“chnow entstand. Bürgermeister Wolfgang Blasig versprach, sich für die Umsetzung der Maßnahmen einzusetzen. Besonders die schon lang geplante Solaranlage auf dem Dach des Rathauses sollte als erstes in Angriff genommen werden. Eine klimafreundliche Verkehrsentwicklungsplanung und die Umstellung des Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge waren ebenfalls geplant.

### **Das Klimaschutzkonzept in Teltow kommt auf den Weg**

In Teltow hatte die Arbeitsgruppe „Energie“ – vornehmlich Aktivist/innen, die sich 2005 bei der Realisierung der Bürger-Solaranlage kennengelernt hatten - zur selben Zeit ebenfalls alle Hände voll zu tun. Bereits im Jahr 2007 stellte sie Forderungen nach einem qualifizierten Energiekonzept für Teltow. Kontroverse Debatten über die Energiegewinnung erzeugten zusätzlich öffentlichen Druck. Der Versuch des Geographen und Agendamitgliedes Dr. Wolfgang Köhn, einen ganzen Solarpark auf den Ruhlsdorfer Ackerflächen zu errichten, scheiterte 2008. In Punkto Nahwärmeversorgung durch das neue stadteigene Heizkraftwerk konnte jedoch ein kleiner Sieg errungen werden.

Der von vielen gewünschte Betrieb mit Kraftwärmekopplung kam zwar nicht zu Stande und auch der heftig kritisierte Standort „Grünzug Kanalaue“ konnte nicht verhindert werden. Aber es wurde doch erreicht, dass kein klimaschädliches Palmöl als Brennstoff zum Einsatz kam.

<sup>54</sup> Bericht zur Aufklärung über den Klimawandel und seine Folgen des Intergovernmental Panel on Climate Change (kurz IPCC), dt. Zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaveränderung

<sup>55</sup> [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/klimapaket\\_aug2007.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/klimapaket_aug2007.pdf)



Um deutlich zu machen, welche Probleme die Produktion von Palmöl hervorruft, hatte die Agenda sogar Betroffene aus Indonesien zu einer Informationsveranstaltung nach Teltow eingeladen.

Ein 2008 neu ins Leben gerufenes Programm der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>56</sup> brachte den entscheidenden Ruck. Als Thomas Schmidt durch Richard Martin, seit 2007 Leiter der Arbeitsgruppe „Energie“, und Elisabeth Camin-Schmid über die Fördermöglichkeit für ein kommunales Klimaschutzkonzept im Rahmen der NKI informiert wurde, griff der Bürgermeister den Vorschlag auf. Klaus Georg Weißenberg, Ansprechpartner der Agenda in der Verwaltung, holte beim ortsansässigen Ingenieurbüro IfnE<sup>57</sup> ein Angebot für ein integriertes Klimaschutzkonzept ein. Dieses wurde zwar rechtzeitig fertig, um noch für das Förderjahr 2008 in Anmerkung zu kommen. Aber die Stadtverordnetenversammlung konnte sich noch nicht zu einer Zustimmung durchringen.

Der Sommer 2008 war in Teltow eine Zeit des Aushandelns, in der die beherzt klingenden Pläne des 17-Punkte-Aktionsprogramms aus Kleinmachnow für Bewunderung sorgten. „Kaum zu glauben“, staunte Elisabeth Camin-Schmid, von der Arbeitsgruppe „Energie“ in Teltow, als sie davon erfuhr. Da wusste sie noch nicht, dass schon zwei Monate später ein zentraler Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel auch in Teltow erreicht werden würde. Am 27. August 2008 beschloss die Teltower Stadtverordnetenversammlung, beim Projektträger Jülich (PtJ)<sup>58</sup> den Antrag auf Förderung eines integrierten Klimaschutzkonzepts einzureichen.

Das Vorhaben hatte Erfolg bei den Fördergremien. Am 13. März 2009 kam der Zuwendungsbescheid. Auf dieser Grundlage war es Thomas Schmidt auch möglich, sich aktiv am Konvent der Bürgermeister<sup>59</sup> zu beteiligen, einer europäischen Bewegung, die lokale und regionale Akteure zur Erfüllung von EU-Zielen motiviert. Beteiligte Städte verpflichten sich freiwillig zur Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung nachhaltiger Energiequellen. Allerdings nehmen nur wenige Städte teil, die so klein sind wie Teltow. Sie seien trotzdem herzlich willkommen geheißen worden, sagt Thomas Schmidt. Mit Nachdruck weist Teltows Bürgermeister aber auch auf den Verdienst der Agenda-Aktiven hin. Ihrer zähen Beharrlichkeit und inhaltlichen Qualifikation sei es vor allem zu verdanken, dass das Thema Klimaschutz in Teltow angepackt wurde. Trotzdem dürfe man einen weiteren Erfolgsfaktor aber nicht vergessen, so fügt er hinzu. Ohne eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft im Rathaus wäre es schwierig gewesen. Durch die Zusammenarbeit mit Klaus Georg Weißenberg als Mittelsmann sei jedoch eine Vernetzung von Verwaltung, Politik und bürgerschaftlichem Engagement zu Stande gekommen, die schließlich Mehrheiten für Beschlussvorlagen ermöglicht habe.

Es dauerte ein gutes Jahr, bis das geförderte Konzept schließlich erstellt war. Um alle entscheidenden Beteiligten einzubeziehen, wurde ein ausführlicher Konsultationsprozess aufgesetzt. In regelmäßigen Sitzungen tagte ein Beirat aus Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung, der Stadtverwaltung, Vertreter/innen der Wohnungsbau- und Fernwärmegesellschaft sowie der lokalen Agenda und Wirtschaftsvertreter/innen. Hinzu kamen Beratungen in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung von Teltow. Das fertige und verabschiedete Konzept wurde am 19. Mai 2010 im Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Gleichzeitig

<sup>56</sup> <https://www.klimaschutz.de>

<sup>57</sup> <http://www.ifne.de>

<sup>58</sup> <https://www.ptj.de>

<sup>59</sup> [http://www.konventderbuergermeister.eu/index\\_de.html](http://www.konventderbuergermeister.eu/index_de.html)

erfolgte die Einrichtung des Umwelt- und Energieausschusses, der die Umsetzungsphase des Konzepts einleitete.

### **Das Klimaschutzkonzept in Kleinmachnow kommt auf den Weg**

Auch die Gemeindevertreter/innen von Kleinmachnow gaben sich im Jahr 2010 ein Klimaschutzkonzept. So wie Partner/innen manchmal Ähnlichkeiten aufweisen, sich aber im Charakter deutlich unterscheiden, hebt sich auch das Kleinmachnower Programm von dem aus Teltow ab. Dazu gehört eine gänzlich andere Entstehungsgeschichte. Um sie erzählen zu können, müssen wir noch einmal zurückschauen.

Auf Basis des ambitionierten 17-Punkte-Aktionsprogrammes vom Sommer 2008 überlegte die Agenda-Arbeitsgruppe „Klimaschutz“, wie man die Bürger von Kleinmachnow mit Informationen und Verhaltenstipps zum Klimaschutz motivieren könnte. „Es gab so viele spannende Themen und wir stellten fest, dass in unserer Kommune viele hochkarätige Wissensträger/innen wohnen“, erinnert sich Andrea Schwarzkopf. Die parteilose Politikerin, die für die Grünen schon viele Jahre als Gemeindevertreterin arbeitete, plante zusammen mit Julian Affeldt, Kleinmachnower Agenda-Gründer Dr. Haase und fünf weiteren Aktiven eine Veranstaltung, bei der die lokal vorhandene Expertise einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden sollte. Aus dem angedachten Workshop wurde eine zweitägige Konferenz, die Ende März 2009 stattfand.

Allerdings veränderten sich um den Jahreswechsel 2009 herum ganz unerwartet die politischen Koordinaten in der Gemeinde. Bürgermeister Wolfgang Blasig wurde zum Landrat gewählt, an seine Stelle trat Michael Grubert. Die lange geplante Konferenz fiel plötzlich in die Zeit des Interregnums der beiden Gemeindeoberhäupter. Für Michael Grubert wurde sie zum Auftakt seiner Amtseinführung und hinterließ einen bleibenden Eindruck. „Es wurden dort sehr viele Projekte vorgestellt. Ich war beeindruckt von dem ehrenamtlichen Engagement.“

Julian Affeldts Enthusiasmus für emissionsfreie Fortbewegungsmittel bekam der neue Bürgermeister ein Jahr später sogar ganz hautnah zu spüren. Im Mai 2010 organisierte die AG „Energie und Klimaschutz“ die Aktion „Tausche Auto gegen Fahrrad“<sup>60</sup>. Michael Grubert beteiligte sich daran und fuhr zwei Wochen lang ausschließlich mit einem Pedelec<sup>61</sup>. Die ungewohnte Erfahrung hinterließ nicht nur angenehme Erinnerungen: „Im Nieselregen nach Teltow...“. Der Bürgermeister schürzt die Lippen. Lieber nimmt er zukünftig für Termine nach Berlin die S-Bahn. Denn, so die Erfahrung, mit dem Auto dauere das doppelt so lang. Ihm ist bewusst, dass er eine Vorbildfunktion im Ort hat. Es sei nicht einfach, die Bürger/innen davon zu überzeugen, das Auto auch einmal stehen zu lassen und stattdessen mit Bus oder Fahrrad zu fahren, stellt er fest.

Die Klimaschutzaktivitäten mussten nach dem Bürgermeisterwechsel neu in Schwung gebracht werden. Michael Grubert richtete den „Fachdienst Regionale Zusammenarbeit / Klimaschutz“ ein. Damit installierte er in gewisser Weise ein Pendant zu Karl Georg Weißenberg in Teltow. Denn der Fachdienst sollte auch mit der lokalen Agenda zusammenarbeiten. Der technische Kybernetiker Jürgen Piekarski, der innerhalb der Verwaltung auf die Stelle umgesetzt wurde, brachte für diese Aufgabe seine fachlichen Vorstellungen mit. „Unter Wissenschaftler/innen gibt es sehr entgegengesetzte

<sup>60</sup> <http://www.kleinmachnow.de/magazin/artikel.php?artikel=167&type=2&menuid=302&topmenu=180&date=2010-05-10>

<sup>61</sup> Pedal Electric Cycle, dt. Elektrofahrrad

Auffassungen“, sagt er. Er plädiert dafür, dass man Pro- und Contra-Meinungen zulassen müsse. „Natürlich gibt es Klimaveränderungen, aber die Gesamtveränderung der Erde trägt dazu bei. Es sind noch nicht alle Faktoren eindeutig bekannt, was wirklich den Ausschlag gibt. Die Wissenschaft ist zu widersprüchlich“.

Im Auftrag der Gemeindevertreter/innen betraute Bürgermeister Grubert Jürgen Piekarski mit der Aufgabe, an Stelle des inzwischen verwaisten 17-Punkte-Programm aus dem Jahr 2008 ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept zu erstellen. Der Klimaschutzbeauftragte Piekarski schrieb ein ausführliches 10-Punkte-Papier, das von den Agenda-Arbeitsgruppen kommentiert und zweimal überarbeitet wurde. Ganz ausdrücklich wurde damit ein fördermittelfreies Verfahren gewählt, das es ermöglichte, schon während der Konzepterstellung erste Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Am 18. November verabschiedeten die Gemeindevertreter/innen das neue Konzept.

Jürgen Piekarski hatte damit die Grundlage, die von ihm entwickelten 10 Punkte selbst weiter umsetzen zu können, beispielsweise eine Machbarkeitsstudie zur Gründung von Stadtwerken, ein umweltfreundliches Verkehrskonzept und Energieeffizienzmaßnahmen. Bereits im laufenden Jahr 2010 wurden Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern der freiwilligen Feuerwehr und der Steinwegschule installiert. Bald schaffte der neue Klimaschutzbeauftragte auch ein Softwareprogramm an, um für die aufwändige Erstellung der jährlichen Energiesachstandsberichte vergleichbare Zahlen zu haben.

Zu Jürgen Piekarskis Aufgaben gehören vor allem regelmäßige Protokolle zur energetischen Modernisierung der öffentlichen Gebäude sowie die Energieberatung bei Neubauten. Innerhalb der Verwaltung ist er sehr gut vernetzt. Gerade im Baureferat ist man froh, einen Fachmann aus dem Hause vor Ort zu haben, der in Energiefragen fit ist. Dabei sind bei Neubauten natürlich nicht immer alle Wünsche erfüllbar. Finanzierungsintensive Vorhaben müssen vor den Gemeindevertretern und in Fachausschüssen begründet werden. Die Handlungsvorschläge, die er tätigt, stimmt er im Bewusstsein der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Handelns ab. Aber er lässt sich auch inspirieren durch den Austausch mit akademischen Partnern, wie z.B. der Beuth-Hochschule und der Technischen Hochschule Wildau. Wichtig ist auch die ständige Zusammenarbeit mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming.

So gut eingebettet der Klimaschutzbeauftragte in der Verwaltung ist, so sehr stoßen die Ergebnisse bei den Mitgliedern der Agenda-AG Klimaschutz auf Kritik. Julian Affeldt und Andrea Schwarzkopf zeigen sich mit dem Vorgehen der Verwaltung nicht einverstanden. Sie monieren Verzettlung – zu viel Aktivität und zu wenig Resultat. Vor allem sei das Klimaschutzkonzept so angelegt, dass genauere Festlegungen zur Umsetzung fehlten. Es sei ein Papier, das in der Schublade liege.

Ähnlich wie ihre Agenda-Kollegen im Jahr 2005 fühlten sie sich als „Feierabendpolitiker“ behandelt, ihre Expertise würde ignoriert. Vorschläge würden nicht aufgegriffen, und wenn, dann in einer nicht zielführenden Art und Weise. Der Unmut ist groß, zahlreiche Beispiele verschenkter Möglichkeiten für effektives Klimaschutzhandeln aus verschiedenen Bereichen wie z.B. Beschaffungswesen oder Verkehr werden angeführt. Auch sei die Solaranlage auf dem Rathausdach noch immer nicht angebracht – ein Plan, der schon seit über zehn Jahren immer wieder beerdigt wurde. Besonders ärgerlich und unverständlich sei, dass ein Beschluss aus dem Jahr 2010 nicht umgesetzt würde, der besagt, dass kommunale Dachflächen der Bevölkerung angeboten werden sollten zwecks Errichtung von Bürgersolaranlagen. Die Begründung dafür sei, dass die Kommune diese Flächen selbst nutzen wolle. Aber, so die Kritik, dies würde kaum geschehen.

Trotz ihres Ärgers organisierten die Agenda-Mitglieder, unter ihnen nach wie vor Julian Affeldt und Andrea Schwarzkopf, vor dem Hintergrund der Entscheidungen zur Energiewende im Juni 2011 eine zweite Klimaschutzkonferenz in Kleinmachnow. Bürgermeister Michael Grubert konnte als Schirmherr gewonnen werden. Eines der

Themen, das zwar nicht auf dem Programm stand, aber trotzdem diskutiert wurde: eigene Stadtwerke für Kleinmachnow.

### **Die gemeinsame Klimaschutzmanagerin**

In Teltow wartete man Mitte Juli 2011 bereits auf eine wichtige Entscheidung in eigener Sache. Nach Fertigstellung der Klimaschutzkonzepte in beiden Partnerkommunen im Jahr 2010 hatten sowohl Elisabeth Camin-Schmid als auch Andrea Schwarzkopf unabhängig voneinander darauf hingewiesen, dass die Förderung eines/r regionalen Klimaschutzmanagers/in möglich sei. Nach gemeinsamer Abstimmung der beiden Bürgermeister und der nötigen Diskussion in den entsprechenden Gremien fiel im April 2011 der Beschluss, tatsächlich Mittel der NKL zu beantragen.

Die Bewilligung erfolgte einige Monate später. Damit wurde eine neue Ära eingeleitet. Für die Betreuung der Klimaschutzbelange gab es ab jetzt für beide Partnerkommunen eine hauptamtlich zuständige Position. Die Teltower Agenda-AG „Energie“ sah deshalb ihre Aufgabe als erfüllt und löste sich auf. Ab jetzt würde ihr Engagement auf anderer Ebene fortgesetzt werden.

Am ersten Januar 2012 trat Katharina List ihren Dienst als Klimaschutzmanagerin für Teltow und Kleinmachnow an. Ihr Aufgabenprofil orientierte sich an den Maßnahmenempfehlungen aus den Klimaschutzkonzepten von Teltow und Kleinmachnow. Schnell vernetzte sie sich mit anderen Klimaschutzmanager/innen in ganz Deutschland und hielt dank ihres Kommunikationstalents bald Vorträge auf internationalem Parkett. Im Juli 2014 wählte sie das Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz (SK:KK)<sup>62</sup>, das dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)<sup>63</sup> angegliedert ist, sogar zur ersten Klimaschutzmanagerin des Monats.

Klimaschutz ist vor allem eine kleinteilige Arbeit vor Ort. Im Rathaus müssen die Politik und die Fachbereiche der beiden Verwaltungen von Teltow und Kleinmachnow motiviert werden, ihr Handeln auf Klimaschutz auszurichten. Im Moment ist es noch so, dass die Klimaschutzmanagerin auf informellen Wegen, also bei von ihr angebahnten Gesprächen, zur Ideengeberin für mögliche Maßnahmen wird. So entwickelte sich zum Beispiel der Plan für eine Pedelec-Abstellanlage in Teltow.

Mit diesem Parkplatz für Elektrofahrräder entstand im Stadtbild ein sichtbares Zeichen für die Förderung der Elektromobilität – und nicht das Einzige! Auch die eingangs erwähnte Eröffnung der ersten Stromtankstelle vor Ort mit anschließender Rundfahrt von über sechzig Elektrofahrzeugen durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark im Mai 2014 zeugt vom Einstieg in die postfossile Fortbewegung. Organisiert wurde die „etour-Brandenburg 2014“<sup>64</sup> zusammen mit dem Verein „Interessengemeinschaft Elektromobilität Berlin-Brandenburg“<sup>65</sup>. Dieses Projekt belegt, wie wichtig und gewinnbringend die Zusammenarbeit von Klimaschutzmanagerin Katharina List mit den Freiwilligen der Region (Agenda-Mitglieder, Vereins-Mitglieder, Genossenschaftler/innen) ist.

Eine ganze Reihe von Katharina Lists Aufgaben spielen sich aber auch außerhalb des Rathauses ab, um Bürgerschaft und Unternehmen mit einzubeziehen und dem Thema

<sup>62</sup> <http://kommunen.klimaschutz.de/portal.html>

<sup>63</sup> <http://www.difu.de>

<sup>64</sup> <http://www.etour-brandenburg.de>

<sup>65</sup> <https://igembb.wordpress.com>

Klimaschutz Sichtbarkeit zu verleihen. Bei vielen Festen und Messen der Region ist Katharina List mit einem Beratungsstand vor Ort präsent. Dort spricht sie Bürger/innen an, geht auf Fragen ein und diskutiert mit ihnen. Zusätzlich werden unterschiedliche Veranstaltungs- und Informationsformate angeboten, darunter eine regelmäßige Energieberatung im Rathaus. Gut sichtbar sind außerdem viele Veränderungen im Straßenraum, die von der Klimaschutzmanagerin in Zusammenarbeit mit der Abteilung Tiefbau initiiert wurden. Seit 2012 erfolgt bei Straßensanierungen und Neubau die Umstellung auf energieeffiziente LED-Beleuchtungs-Technik; außerdem werden die Verkehrswege fahrrad- und fußgängerfreundlicher ausgebaut. All diese Maßnahmen, die jeder wahrnehmen kann, reichen jedoch nicht aus.

Auf Dauer ist im Sinne eines noch effektiveren Klimaschutzmanagements ein regelmäßiger institutionalisierter Austauschprozess notwendig, der für alle betroffenen Verwaltungsinstanzen die verpflichtende Auseinandersetzung mit Klimaschutzthemen etabliert. Denn solange es zwar eine Klimaschutzmanagerin, aber keine offizielle, in der Verwaltung verankerte Routine für die Umsetzung von Maßnahmen gibt, besteht die Gefahr, dass Klimaschutz Ornament bleibt, eine freundliche Dreingabe ohne große Konsequenzen. Angesichts der Herausforderungen, die auf den äußerst attraktiven Wohnort Teltow z. B. bei Neubauvorhaben oder der Verkehrsplanung warten, wäre es wünschenswert, wenn die Klimaschutzmanagerin durch ein geregeltes Verfahren in die betreffenden Diskussionen der Fachbereiche integriert würde.

### **Ausblick**

Vieles ist in Kleinmachnow und Teltow erreicht, vieles davon konnte auf den vorausgegangenen Seiten nicht zur Sprache kommen. Denn nicht die Geschichte des Klimaschutzes in den Partnerkommunen sollte geschildert werden, sondern lediglich der arbeitsreiche Weg der Willensbildung dorthin. Zwischendurch wurden einige durchgeführte Maßnahmen gestreift, die Meilensteine darstellen, viele andere blieben unerwähnt. Sehr deutlich aber wurde herausgestellt, welche wichtige Ressource die Impulse aus der Bürgerschaft beim Engagement gegen den Klimawandel darstellen.

Wie geht es jetzt weiter? Nach über einem Jahrzehnt der Inspiration durch die Agenda-AGs „Energie“ und „Energie und Klimaschutz“ in den Partnerkommunen Teltow-Kleinmachnow wurde mit Katharina List eine professionelle Kraft eingestellt, die den Staffeln der Transformation weiter tragen soll. Im Märchen hieße es an dieser Stelle: „Und sie lebten noch lange und glücklich.“ In der Realität müssen Situationen allerdings immer wieder neu entwickelt werden.

Da sich in Teltow die Agenda-AG Energie mit Katharina Lists Anstellung als Klimaschutzmanagerin aufgelöst hat, gibt es seither keinen strukturierten Weg mehr, wie Ideen aus der Bürgerschaft die klimaschutzbezogene Arbeit im Rathaus inspirieren können. Interesse und Beteiligung der Einwohner/innen eines Ortes sind jedoch auch weiterhin einer der wichtigsten Faktoren für das Gelingen der großen Klimaschutztransformation. Wie eine Fortschreibung des Teltower Wegs unter neuem Vorzeichen aussehen könnte, ist deshalb eine spannende Frage.

Diese richtet sich auch an das Geschehen in Kleinmachnow. Dort wuchs über die Jahre eine Kluft zwischen Bürgerschaftsvertretern und dem Rathaus. Die jeweiligen Akteure handelten und handeln aus ihrer je eigenen Binnenlogik heraus, ohne dass bisher ein institutionalisiertes vermittelndes Procedere einen wirkungsvollen Weg der Kompromissfindung etabliert hätte. Zwar konnte auch in Kleinmachnow viel für den Klimaschutz erreicht werden, jedoch könnte die „Ernte“ noch größer oder zumindest die Stimmung besser sein.

Eine große Chance für innovative Formen der Vernetzung bietet sich mit den neu entstehenden Regionalausschüssen, die die aufgelöste KAT ab 2015 ablösen werden. Eine regional aufgestellte Agenda-Gruppe für Klimaschutz und Erneuerbare Energien könnte hier Ideen aus der Bürgerschaft an die Verwaltungen heran tragen. Und vielleicht entsteht dabei eines Tages sogar das immer wieder diskutierte regionale Stadtwerk. Oder etwas ganz Anderes.



## 6. Duisburg: Eine neue Ära

Eine Vielzahl an Grünflächen und Parkanlagen, zwei botanische Gärten und eine Seenplatte vor den Toren der Stadt: Das ist Duisburg. Europas größte Stahlstadt wird zwar mit der Aussicht auf rauchende Schloten und Bauten der Schwerindustrie assoziiert, doch das düstere Bild ist ein Klischee von gestern. Die Stadt zeigt sich heute von einer anderen, freundlicheren Seite, und damit ist nicht nur der soziale Zusammenhalt ihrer herzlichen und hilfsbereiten Einwohner/innen gemeint.

Duisburg präsentiert sich als Kommune mit einer ausgeprägten, schon seit vielen Jahren praktizierten Umwelt- und Klimaschutzarbeit. Die Anfänge des Engagements reichen bis in die 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Bereits seit 1985 gibt es einen offiziellen Umweltschutzbeauftragten. 1989 nutzte die Stadt die Schließung der Zeche Rheinhausen und den daraus resultierenden Strukturwandel, um den grünen Umbau Duisburgs einzuleiten. Die Duisburger Umwelttage<sup>66</sup> locken seit 1994 die interessierten Bürger/innen an.

Im August 1996 initiierte der damalige Umweltdezernent Jürgen C. Brandt außerdem einen lokalen Agenda-21-Prozess. Auf der Grundlage von Handlungsempfehlungen des Deutschen Städtetags initiierte er einen entsprechenden Ratsbeschluss, mit dessen Umsetzung das Umweltamt betraut wurde. Als städtischer Koordinator für Fragen der lokalen Agenda wurde Andreas von der Heydt, Diplom-Landschaftsplaner und Experte für Öffentlichkeitsarbeit, eingestellt. Andreas von der Heydt förderte und betreute bis zum Jahr 2000 einen vielgestaltigen Prozess bürgerschaftlichen Engagements, aus dem schließlich sieben Agenda-Gruppen hervorgingen. Bürgerforen wurden eingerichtet, bereits bestehende Dialoginitiativen mit der Wirtschaft wurden integriert, Schulen, Verbände, Umweltschutzgruppen und viele andere beteiligten sich.

Unterstützt wurde Andreas von der Heydt durch die Germanistin und Historikerin Doris Freer, die auf Frauenseite ein schlagkräftiges Agendanetzwerk aufbaute, ganz nach dem Motto „Umwelt- und Frauenpolitik sind Querschnittsaufgaben, die zusammen gehören“. Doris Freer, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Duisburg, erinnert sich: „Mit Herrn von der Heydts Unterstützung gelang es unter Nachbesserung des Ratsbeschlusses auch den Bereich ‚LA 21 aus Frauensicht‘ in den Katalog der Handlungsfelder aufzunehmen und in den Folgejahren auf breiter Basis umzusetzen.“

Speziell zuständig für Klimaschutzmaßnahmen war in der Duisburger Stadtverwaltung aber auch Diplom-Ingenieurin Angela Müller. Bereits bevor Andreas von der Heydt das Umweltamt verstärkte, beteiligte sie sich am ersten, 1997 vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) herausgegebenen Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Angela Müller sollte bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2013 zu einer der profiliertesten Protagonistinnen bei der praktischen Umsetzung von Klimaschutzzielen in Duisburg werden.

Aufgrund veränderter politischer Mehrheiten erfuhr das Thema im Jahr 2000 entscheidende Impulse. Der Diplom-Geograph Dr. Peter Greulich wurde am 1. Juni 2000 zum neuen Umweltdezernenten mit grünem Parteibuch gewählt. Er machte den Klimaschutz zur Chefsache und holte Andreas von der Heydt als persönlichen Referenten zu sich ins Dezernat. In den darauf folgenden zwölf Jahren entstand eine beeindruckende Fülle „von Konzepten, Strategien, Analysen, Managementsystemen und Projekten mit Klimabezug“,

<sup>66</sup> <http://www.duisburg.de/micro2/umwelt/umweltrat/inhalt/102010100000297071.php>



wie Angela Müller kurz vor ihrer Pensionierung im Februar 2013 schrieb.<sup>67</sup> Zu den von ihr aufgezählten Beispielen gehören u.a. Solardachkataster, Potenzialanalyse für regenerative Energien, Energieanalyse in Klärwerken, zentrales Energiemanagement, Schulprojekt ESPADU<sup>68</sup>, European Energy Award und Duales Klimakonzept<sup>69</sup>.

Sein Handeln beschreibt Dr. Peter Greulich folgendermaßen: „Ein Ziel kann aus fachlicher Perspektive wichtig sein. In die greifbare Nähe der Umsetzung kommt es, wenn sich jemand drum kümmert, der genau von dieser Wichtigkeit überzeugt ist und auch andere überzeugen kann, der also auch seinen Einfluss geltend machen kann und Macht hat.“ Entscheidend für seine Pläne waren eine reibungslose und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der politischen Ebene, aber natürlich auch Verhandlungsgeschick. Mit Unterstützung des NRW-Umweltministeriums konnte er beispielsweise im Jahr 2003 dem Konzern Thyssen-Krupp eine Spende von zwei Millionen Euro abringen als Ausgleich für ein energieintensives und damit klimaschädliches Kühlverfahren. Das Geld war gut angelegt, denn es diente in der Folge dem Verein Klimatisch zehn Jahre lang der Unterstützung bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden.

Politischen Rückenwind für Umwelt- und Klimaschutz gab es vor allem in den Jahren 2004 und 2009, nicht zuletzt aufgrund einer für Duisburg völlig neuen Koalitionslage. Die ‚heimliche Hauptstadt der SPD‘ wurde seit 2004 zum ersten Mal überhaupt von einem schwarz-grünen Bündnis regiert. Gern überließen die Christdemokraten ihrem kleineren Partner dabei die Entscheidungshoheit in Umwelt- und Klimafragen. Dr. Peter Greulich profitierte von der ungewöhnlichen Konstellation. Mit der Wahl zum Stadtdirektor im Jahr 2006, zusätzlich zu seinem Posten als Umweltdezernenten, rückte er zum zweithöchsten Beamten der Stadt auf.

Im selben Zeitraum wurde Dr. Peter Greulichs Referent, Andreas von der Heydt, befördert. Als Leiter einer neu eingerichteten Stabstelle, dem Referat „strategische Umweltkoordination“ im Umweltdezernat initiierte er zusammen mit seiner Mitarbeiterin Angela Müller die Teilnahme am EU-Programm ‚European Energy Award‘<sup>70</sup>. Das zukunftsweisende Projekt stellt bis heute eine der Säulen des Klimaschutzengagements in Duisburg dar: Hinter dem Preis verbirgt sich ein europaweites Qualitätsmanagement für städtische Handlungsfelder unter dem Aspekt des Klimaschutzes, das in NRW von der Energieagentur NRW organisiert wird. 2007 konnte die konkrete Arbeit mit einem Energieteam unter Leitung von Angela Müller gestartet werden. Die Mitglieder des Energieteams vertreten die sechs Handlungsfelder des ‚European Energy Awards‘: Raumordnung, Gebäude und Anlagen, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Mobilität und interne Organisation. Für ihre Anstrengungen, das Energiemanagement der Stadtverwaltung zu optimieren, erhielt die Stadt Duisburg in den Jahren 2010 und 2013 den ‚Award‘ in Silber.

2009, im Jahr der Klimaverhandlungen von Kopenhagen, wurden zwei weitere Meilensteine auf den Weg gebracht. Zum einen trat Duisburg dem ‚Covenant of Mayors‘<sup>71</sup> bei. Zum anderen erarbeitete Andreas von der Heydt unter großer Öffentlichkeitsbeteiligung mit seinen Kolleg/innen das „Duale Klimakonzept“. Der Plan sah für den Zeitraum 2009 – 2020 sowohl Maßnahmen zum Klimaschutz als auch zur Klimaanpassung vor. Beim Klimaschutz sollte mit Verweis auf den European Energy Award vor allem die Energiebilanz der eigenen

<sup>67</sup> vgl. Mitteilungsvorlage vom 22.2.2013 für die Sitzung am 26.2.2013; Drucksache-Nr. 13-0189/1

<sup>68</sup> <http://www.duisburg.de/micro2/umwelt/klima/inhalt/102010100000427911.php>

<sup>69</sup> <http://www.duisburg.de/micro2/umwelt/klima/inhalt/bereich1.php>

<sup>70</sup> [www.european-energy-award.de](http://www.european-energy-award.de)

<sup>71</sup> [www.covenantofmayors.eu](http://www.covenantofmayors.eu)

Liegenschaften verbessert werden. Außerdem wurde eine KlimaAgentur geplant, die durch Bündelung lokaler Akteure die Arbeit des Klimatischen auf breiterer Basis fortsetzen sollte.

Im Sommer 2011, kurz nach den Beschlüssen der Bundesregierung zur Energiewende, billigte der Rat der Stadt Duisburg nach einiger Diskussion die Einrichtung der KlimaAgentur. Seit der Erstellung des Klimakonzepts hatte sich jedoch vieles verändert. Einerseits hatte sich Andreas von der Heydt im Jahr 2010 erfolgreich auf die Stelle des Umweltamtsleiters beworben, mit Angela Müller als Hauptzuständiger bei Klimaschutzfragen. Gleichzeitig verschlechterten sich jedoch die Aussichten, angesichts der immer angespannteren Finanzlage im Konzern Stadt Duisburg, Gelder für den Klimaschutz zu akquirieren.

Als die KlimaAgentur 2012 ins Werk gesetzt werden sollte, wendete sich infolgedessen das Blatt. Die Stadtwerke als maßgebliche Geldgeber sahen sich mit einem unerwartet hohen Defizit konfrontiert und machten einen Rückzieher. Der Konzern Stadt Duisburg selbst, schon seit vielen Jahren im Nothaushalt, konnte die notwendigen Mittel auch nicht aufbringen. Das Projekt KlimaAgentur wurde aufgegeben. Im selben Zeitraum veränderte sich in Folge des Loveparade- Unglücks außerdem das politische Koordinatensystem von Duisburg. Mit Sören Link von der SPD wurde ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Unabhängig davon wechselte Dr. Peter Greulich zum 1. Januar 2013 in den Vorstand der Wirtschaftsbetriebe Duisburg.

Trotz aller Turbulenzen fiel in der Interimszeit zwischen dem Weggang des alten Umweltdezernenten und der Wahl seines Nachfolgers der Startschuss zu einem großen neuen Kapitel im Duisburger Klimaschutz. Nach dem Scheitern der Pläne für eine KlimaAgentur wollten die Fraktionen von SPD, den Grünen und den Linken ein integriertes Klimaschutzkonzept auf den Weg bringen, das das alte duale Konzept ersetzen sollte. Damit sollte den mittlerweile bundesweit gewachsenen Anforderungen zur Beantragung von Fördermitteln im Klimaschutz Genüge getan werden.

Die politische Mehrheitsmeinung deckte sich mit der Einschätzung des Umweltamts. Anforderungen an aktuelle Klimaschutzkonzepte stellten Klimaschutz als eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe dar, bei der Stadtentwicklung, Energiewirtschaft und Energienutzung zusammengedacht werden müssten, heißt es in einer Mitteilung der Verwaltung an den Rat der Stadt Duisburg im Februar 2013.<sup>72</sup> Die zurückliegenden Klimaschutzambitionen in Duisburg hätten jedoch letztlich Projektcharakter, die „eine stadtweite, alle Ressourcen übergreifende Koordinierung nur bedingt erfüllen“.

Obwohl also im Prinzip Einigkeit herrschte über das weitere Vorgehen, musste doch eine Nachbesetzung für Angela Müllers Stelle ausgehandelt werden, denn die Leiterin des Energieteams ging in Rente. In einer Kommune mit Nothaushalt und behördlichem Einstellungsstopp ist dies kein leichtes Unterfangen. Mit hochkarätigen Umbesetzungen innerhalb der Verwaltung sollte dafür eine sehr gute Lösung gefunden werden.

Der erste Schritt vorwärts war zunächst die Wahl des neuen Umweltdezernenten Dr. Ralf Krumpholz am 18. März 2013. Als Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Duisburg hatte der promovierte Politikwissenschaftler und Finanzbetriebswirt maßgeblich an den Planungen zur Einrichtung einer KlimaAgentur mitgearbeitet. In Absprache mit Andreas von der Heydt strukturierte Dr. Ralf Krumpholz die Arbeitsbereiche neu. Sein Dezernat sollte fortan zuständig sein für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz. Er richtete eine eigene Stabsstelle ein, die einerseits „Ausbau und Förderung von Energiemanagement, Energieeffizienz und Energiemonitoring“ zur Aufgabe hatte und andererseits die geplante Erstellung eines Klimaschutzkonzepts voranbringen sollte.

<sup>72</sup> vgl. Mitteilungsvorlage vom 22.2.2013 für die Sitzung am 26.2.2013; Drucksache-Nr. 13-0189/1

Bald nach Amtsantritt des neuen Umweltdezernenten wechselte Astrid Jochum - zuvor Leiterin des Referats für Bürgerengagement und Bürgerangelegenheiten - in den Klimaschutz. Der im Sommer 2013 positiv beschiedene Förderantrag auf Beratung für ein Klimaschutzkonzept konnte durch sie kompetent weiter betreut werden. Die Juristin bezog das sehr schöne ehemalige Büro von Angela Müller im 14. Stock des Hoist-Hochhauses. Für den notwendigen Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit bei der Erstellung eines Klimaschutzkonzepts brachte sie beste Voraussetzungen mit.

Vor allem der Industriesektor reizte Astrid Jochum: „Wir haben 21 emissionshandelspflichtige Unternehmen und der Anteil allein der Stahlindustrie an dem Treibhausgasausstoß macht 95 % aus. Duisburg ist außerdem auch ein Logistikschwerpunkt. Meine Einschätzung von Anfang an war, dass man diese Bereiche in jedem Fall mit einbeziehen muss in ein Klimaschutzkonzept.“ Auf Einladung des Umweltdezernenten Dr. Ralf Krumpholz fanden Expertengesprächen mit Industrie- und Logistikfirmen sowie der Universität statt. In der Folge erarbeitete Astrid Jochum einen ausführlichen Antrag für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts mit Handlungsfeldern wie Industrie, Verkehr und Logistik, klimagerechte Stadtentwicklung und Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden. Dem Antrag stimmte der Rat der Stadt am 7. April 2014 zu und es liegt nun auch die Bewilligung der beantragten Förderung vor.

Zwischenzeitlich hatte noch ein weiterer Kollege aus der Verwaltung die Stabsstelle des Dezernats von Dr. Ralf Krumpholz verstärkt. Während Astrid Jochum von den Räumlichkeiten des Umweltamtes aus arbeitete, bezog Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Frings Anfang 2014 ein Büro im Rathaus direkt in der Nähe seines Vorgesetzten. Er übernahm eine der ehemaligen Aufgaben von Angela Müller und wurde Leiter des Teams vom European Energy Award, dem er in den Jahren vorher als Leiter des Sachgebiets Energiemanagements im Ressort Immobilienmanagement angehört hatte. „Ich war froh“, sagt Dezernent Dr. Ralf Krumpholz, „dass ich angesichts der Haushaltslage der Stadt zwei Stellen in diesem Bereich besetzen konnte.“ Und er fährt fort: „Es ist jetzt so aufgeteilt, dass Frau Jochum den konzeptionellen Teil erledigt und den Antrag des neuen Klimaschutzkonzepts betreut und Herr Frings sich um Maßnahmen im Umsetzungsbereich kümmert. Alle 14 Tage sitzen wir hier zusammen und tauschen uns aus, aber untereinander sind sie viel häufiger im Gespräch und stimmen ihre Themen aufeinander ab.“

Vor dem Hintergrund einer guten Zusammenarbeit in der Stabsstelle ist die neue Ära im Duisburger Klimaschutz schon ein Stück weit vorangekommen. Viele große Herausforderungen warten, sei es bei der Einbeziehung aller notwendigen Dezernate im Rathaus selbst, sei es bei der Ansprache der Duisburger Industrieunternehmen oder auch bei der Duisburger Bürgerschaft.

Wie man letztere noch einmal intensiver mit einbinden könnte? Doris Freer, die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, hat da eine Idee. „Es wäre schön und angesichts der globalen Herausforderungen wünschenswert, wenn der einstmalige Agenda-Prozess - oder ein entsprechender Prozess, wie z.B. aktuell auf NRW-Landesebene mit der in einem partizipativen Prozess zu entwickelnden „Nachhaltigkeitsstrategie“ - erneut wieder belebt werden könnte“, sagt sie. Für Umweltdezernenten Dr. Ralf Krumpholz, seine Mitarbeiterin Astrid Jochum und seinen Mitarbeiter Karl-Heinz Frings ist dies eine willkommene Anregung. Denn alle Beteiligten sind davon überzeugt, dass die Einbeziehung der Duisburger Bürgerschaft und der Duisburger Unternehmen und Betriebe eine zentrale Aufgabe bei der Erstellung und späteren Umsetzung eines Duisburger Klimaschutzkonzepts ist.

## 8. Leingarten: Tu Gutes und rede darüber!

„No net hudle“, lautet eine beliebte schwäbische Devise. Das hält die Kommunen im Ländle aber nicht davon ab, in vielen Bereichen Spitzenreiter zu sein. Betrachtet man die bundesdeutschen Vergleichszahlen, so werden hier beispielsweise die meisten Anträge eingereicht zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)<sup>73</sup>. Auch Leingarten aus dem Landkreis Heilbronn gehört seit einigen Monaten zu den Pionieren mit Vorbildwirkung. Als nicht ganz so große Kommune zählt Leingarten zum exklusiven Kreis derer, die eine sogenannte Initialberatung<sup>74</sup> in Anspruch nahmen. Dies hatte zur Folge, dass der Gemeinderat im Frühjahr 2014 beschloss, einen Zuschuss für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes zu beantragen. Ein gemächlicher, aber stetiger Entwicklungsweg hat damit seine erste professionalisierte Ausbaustufe erreicht.

Leingarten am Rand des mit Weinreben bewachsenen Heuchelbergs zieht Jung wie Alt an. Arbeitsplätze stehen in der Gegend ausreichend zur Verfügung. Die Gemeinde kann mit einer sehr guten Infrastrukturanbindung und viel Ambiente punkten. Eingeschmiegt in das Leintal und schmuck herausgeputzt wirbt der Ort mit seiner guten Lebensart. Die Pläne zum konsequenten Klimaschutz werden das positive Image in Zukunft um ein wichtiges Plus erweitern.

Meilensteine nachhaltiger Entwicklung gab es in Leingarten bereits einige; die ersten Ansätze reichen bis vor die Jahrtausendwende zurück. Schon Anfang der 90er-Jahre wurde ein Blockheizkraftwerk für das Schulzentrum eingebaut, das inzwischen die erste Überholung bereits hinter sich hat. Jahre später bildete sich eine lokale Agenda-21, die 2002 zum Arbeitskreis LebensRaum zusammengefasst wurde. Im selben Zeitraum fing auch die private Nutzung der Sonnenenergie an, sowohl in Form solarer Warmwasser- und als auch Stromgewinnung. Im Jahr 2004 gingen einige Bürger/innen auf die Gemeinde Leingarten zu mit der Anregung, das Dach der Hans-Sauter-Schule nach der anstehenden Renovierung mit einer Photovoltaikanlage auszustatten. Tatsächlich kam die Gemeinde dem Wunsch nach. Eine GbR aus siebzehn Personen wurde gebildet, die Anteile im Gesamtwert von 30.000 Euro kauften.

Intensiviert hat sich die Diskussion ab dem Jahr 2007, als das Thema ‚Energieeinsparung‘ zur Eindämmung des Klimawandels immer mehr die Runde machte. Der Gemeinderat von Leingarten reagierte 2008 mit der Beauftragung der Ingenieursgesellschaft K&L, die eine Energiepotenzialanalyse erstellte. Als Ergebnis wurden ab 2009 Maßnahmen durchgeführt wie der Einsatz drehzahl geregelter Umwälzpumpen oder Beleuchtungserneuerungen. Außerdem standen erste Überlegungen im Raum, wie das neue Rathaus in ein Nahwärmenetz mit Blockheizkraftwerk einzubinden wäre. Bereits ab 2011, also zwei Jahre später, konnte dieser Plan unter besten Bedingungen angegangen werden.

Aufgrund von PCB<sup>75</sup>-Problemen hatte der Gemeinderat beschlossen, das vorhandene Rathaus aus den 60er-Jahren abzureißen und durch ein neues zu ersetzen. Der Bund

<sup>73</sup> <http://www.klimaschutz.de>

<sup>74</sup> „Kommunen, die noch am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen, wird durch externe Beratungsleistungen ein strukturierter Einstieg zur Entwicklung von Klimaziele, Einstiegsmaßnahmen und zur Akteurseinbindung vor Ort ermöglicht.“ (<http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.net/newstermine.html#c196>). In Leingarten wurde diese Initialberatung durch die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH unter Inanspruchnahme der NKI-Fördermittel durchgeführt.

<sup>75</sup> PCB ist eine krebserregende organische Chlorverbindung

Deutscher Architekten lobte die Innovationsfreude der Leingartener/innen: „Erstaunlich ist, dass sich eine Gemeinde in einem gegebenen Kontext solch einen zukunftsorientierten Rathausbau setzt.“<sup>76</sup> Teil der mutig-innovativen Gestaltung ist auch die Energieversorgung des neuen Gebäudes. Das zur Diskussion stehende Nahwärmenetz wurde im Verbund mit der kommunalen Festhalle, der Hans-Sauter-Schule und dem Kindergarten an der Kelterstraße realisiert. Zwar verzichtete man für die Befeuerung aus Wirtschaftlichkeitsgründen auf ein Blockheizkraftwerk. Dafür sorgt seit 2013 eine klimaneutrale Pelletsanlage für Wohlfühltemperaturen im neuen Rathaus. Auf dessen Dach liefert außerdem eine PV-Anlage grünen Strom.

Sucht man allerdings auf der Website von Leingarten nach einer selbstbewussten Darstellung der klimafreundlichen Aktivitäten, heißt es Geduld haben. Erst tief im Amtsblatt vergraben finden sich entsprechende Diskussionen und Informationen. So kann eine weitere Pioniergeschichte nur mit etwas Mühe nachgezeichnet werden: Leingarten war 2011 der erste Ort im Umkreis, der zwei Elektrozapfmöglichkeiten angeboten hat. „Ein kleiner Innovationsleuchtturm“, wie Bürgermeister Ralf Steinbrenner sagt. Und er fährt fort: Unsere Dokumentation hinkt hinterher. Wir machen wesentlich mehr als geschrieben steht.“

Vielleicht trägt die fehlende Werbung auch das Ihre dazu bei, dass Leingartens vorbildliches Dienstwagenmodell im Ort nicht ganz so viel Würdigung und Anklang findet, wie es verdient hätte. Der elektrische Opel Ampera, der seit Sommer 2013 statt eines konventionellen neuen Bauamtsfahrzeugs genutzt wird, steht auf Basis einer Car-Sharing-Regelung auch den Bürgern von Leingarten zur Verfügung. Damit ist Leingarten der erste Ort im Landkreis, der aktiv die Elektromobilität fördert. Allerdings erweist sich die Nachfrage vor Ort noch als gering. Die Gemeinde braucht weitere griffige Vermarktungskonzepte wie den ersten Elektromobilitätstag<sup>77</sup> am 5. Mai 2013, um das innovative Angebot den Einwohner/innen richtig schmackhaft zu machen.

Mit einigem Tamtam wurde dagegen für ein Ereignis mit dem phantasievollen Namen „Energiekarawane“<sup>78</sup> getrommelt. Dabei ging es um eine kostenlose Vor-Ort-Energieberatung mit dem Ziel, die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden voran zu treiben. Gerade bei Häusern, die in den 50er- und 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts errichtet wurden, lohnt sich dieser Aufwand. Im Zeitraum 2012 und 2013 untersuchte das Institut ‚innovatives Bauen (iib)‘ verschiedene Quartiere in der Gemeinde. Den dort lebenden Bürger/innen wurde das Angebot unterbreitet, eine energetische Schwachstellenanalyse samt Lösungsmöglichkeiten kostenlos durchführen zu lassen. Beteiligt an dem Projekt waren neben der Kommune Leingarten die Zeag Heilbronn, die Kreissparkasse, die Volksbank sowie die Kreishandwerkerschaft.

Obwohl die ‚Energiekarawane‘ gar nicht so viel Zuspruch fand, wie man gehofft hatte, fiel die Initiative doch in einen Zeitraum wachsender Bewusstwerdung über die Notwendigkeit, Klimaschutz auf fokussierte Weise zu betreiben. Zum einen fiel ebenfalls im Jahr 2012 der Beschluss, alle Straßenbeleuchtungen sukzessive auf LED-Technologie umzustellen. Vor allem aber war die Leingartner Verwaltung durch Werbemaßnahmen der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA)<sup>79</sup> im Jahr 2012 auf Fördermöglichkeiten im Rahmen der NKI aufmerksam geworden. Angeboten wurde ein strukturierter Einstieg in den Klimaschutz. Es sollte darum gehen, die Handlungspotenziale in Leingarten insgesamt zu

<sup>76</sup> <http://www.en.bda-bund.de/award-winning-architecture/preis/rathaus-leingarten-1.html>

<sup>77</sup> Am 5. Mai 2013 veranstaltete die ZEAG Energie AG ihren ersten Elektromobilitätstag in Leingarten. Probefahrten mit Autos, Pedelecs, E-Bikes und Segways, Fachgespräche mit Autohäusern und Fahrradhändlern standen auf dem Programm.

<sup>78</sup> <http://leingarten.energiekarawane.de/374/>

<sup>79</sup> <http://www.kea-bw.de/>

erfassen und in eine systematische Strategie zu gießen. Dabei wies die Agentur auch auf Quereffekte hin: Für künftige Zuschussanträge, beispielsweise bei der Städtebauförderung sei es unerlässlich, dass die Gemeinden ein Klimaschutzkonzept vorlegen.

Die Argumente überzeugten Verwaltung und Gemeinderat. Im Frühjahr 2013 erstellte die KEA für Leingarten beim Projektträger Jülich einen Unterstützungsantrag zur Initialberatung für ein Klimaschutzkonzept. Dieser wurde im Sommer positiv beschieden, sodass die KEA am 23. Juli 2013 mit dem Projekt beauftragt werden konnte. Eine Initialberatung ist ein Vorprozess für ein Klimaschutzkonzept, bei dem die wichtigsten Beteiligten für eine Startanalyse zusammenkommen und erste Vorschläge für Maßnahmen entwickeln.

In Leingarten fanden so vom Herbst 2013 bis zum Frühjahr 2014 mehrere Workshops und Beratungstage unter Mitwirkung von Verwaltung und Gemeinderat statt. Eine breite Palette möglicher Klimaschutzaktivitäten kam dabei zur Sprache. Von Institutionalisierung vom Klimaschutz in der Gemeindeverwaltung über Energiefragen bis hin zu Bevölkerungseinbindung und vegetarischer Ernährung wurden Maßnahmen im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit diskutiert und priorisiert. Im Ergebnis entstand ein Katalog aus Handlungsfeldern, der als Basis für ein zukünftiges, realisierbares Klimaschutzkonzept genutzt werden kann.

So manche Einzelmaßnahme, über die in unterschiedlichen Gruppenzusammensetzungen diskutiert wurde, war den Leingartner/innen schon bekannt. Aber es gab auch eine Reihe innovativer Anregungen. Vor allem liegt der Schwerpunkt beim integrierten Klimaschutzkonzept im Gegensatz zu einer einfachen Energiepotenzialanalyse auf der Erarbeitung einer gut verzahnten Abstimmung aller Aktivitäten untereinander und innerhalb der verschiedenen Handlungsfelder. Dieser Prozess setzt sich aus mehreren Stufen zusammen, wobei die Initialberatung erst der Einstieg ist.

Zumindest eine herausragende zukünftige Aufgabe stand am Ende der Beratung durch die KEA aber zweifelsfrei fest: Die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kooperation und Beratung bedürfen besonderer Pflege, wenn die Bevölkerung zum Mitmachen inspiriert werden soll. Klar wurde jedoch auch, dass dies nicht ohne die Bereitstellung eines Budgets möglich ist. Darüber hinaus bedarf es zur Umsetzung des gesamten Klimaschutzkonzepts letztlich eines Klimaschutzmanagers/ einer Klimaschutzmanagerin mit entsprechender Querschnittsqualifikation, die von Kommunikationsfähigkeit bis technischem Know How reichen sollte.

Vor der Einwerbung von Fördergeldern für solch eine Stelle steht zurzeit jedoch erst die Arbeit am Klimaschutzkonzept selbst. Im Herbst 2014 wird die Ende April beantragte Unterstützungszusage erwartet. Sobald sie eingetroffen und die tatsächliche Erstellung des Konzepts vom Gemeinderat beschlossen ist, kann mit Stolz verkündet werden: „Ein neues Kapitel in der Leingartener Klimaschutzgeschichte beginnt.“ Mit Augenmaß und stetig hat sich der Wille zu entschlossenem Handeln durchgesetzt. Ganz nach der schwäbischen Maxime: „No net hudle.“



## 7. Stockelsdorf: Trotz alledem...für Klimaschutz

„Stockelsdorf im Zeichen des Klimawandels - Was können wir vor Ort tun?“ fragten Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann und Bürgervorsteher Harald Werner in ihrem Grußwort zum Jahreswechsel 2009/2010. Wie an vielen Orten auf der Welt saß auch hier die Enttäuschung tief über den gescheiterten Klimagipfel von Kopenhagen. Gerade deshalb mußten die Bürgerinnen und Bürger jetzt aber das Heft selbst in die Hand nehmen. „Was können wir vor Ort tun?“ sollte daher das Motto für die kommenden zwölf Monate werden. Vier Jahre später steht kommunales Klimaschutzengagement in der Großgemeinde am Nordrand von Lübeck immer noch ganz oben auf der Agenda. Besser noch: Im September 2014 kam aus Berlin die Zusage für die beantragte Förderung auf ein integriertes Klimaschutzkonzept. Stockelsdorf zeigt, was vor Ort getan werden kann!

Aber blicken wir zunächst zurück. Die Großgemeinde Stockelsdorf, also der Kernort samt seiner zehn Dorfschaften ist eine stille Perle: historische Wurzeln bis ins 12.Jahrhundert, landschaftlich reizvoll und verkehrsgünstig gelegen, mittelständisch geprägt und wirtschaftsfreundlich. Auf einigen Dächern prangten Photovoltaikanlagen und am Krumbecker Hof drehten sich seit den 1990er-Jahren zwei einzelne Windmühlen. Auch hatte das Stockelsdorfer Unternehmen Knauff, das Eisstiele aus Holz produziert und weltweit vertreibt, schon um die Jahrtausendwende sehr zukunftsweisend die Befeuerung seiner Wärme- und Stromproduktion auf Holzreststoffe aus eigener Fertigung umgestellt.

Für ein systematisches Herangehen an Klimaschutzaufgaben in Stockelsdorf brachte jedoch erst der gut einjährige Zeitraum vor der Konferenz COP15 in Kopenhagen den Wendepunkt. Ausgelöst wurde das gezielte Engagement zur Emissionseinsparung durch zwei unterschiedliche Aufgaben, die beide eine gut durchdachte Lösung verlangten. Dabei ging es um den Stromnetzbetrieb und den Ausbau der Windenergie.

### Der neue Regionalplan

Bereits im September 2008 hatte die Gemeindevertretung Stockelsdorf in einer Stellungnahme zum neuen Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein die Wichtigkeit von Klima- und Ressourcenschutz betont und den Wunsch nach Realisierungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen geäußert. Hintergrund war, dass im damals gültigen Regionalplan für das Gebiet der Gemeinde Stockelsdorf noch keine geeigneten Flächen vorgesehen waren. Die Ziele der Gemeindevertretung wurden unterstützt durch Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann, eine ebenso pragmatisch zupackende wie unideologisch handelnde, parteilose Verwaltungsexpertin. „Ich bin nach Brockdorf gefahren, bin um das Kernkraftwerk geradelt, habe mit den Leuten dort gesprochen; danach hab ich mich unter eine große Windmühle gestellt, und mein Gefühl war unter der Windmühle besser.“

Bei der Erstellung der neuen Kreiskonzepte konnte das Ansinnen von Stockelsdorf berücksichtigt werden. Im Dezember 2008 erhielten alle Gemeinden in Schleswig-Holstein Briefe mit der Aufforderung, in ihren jeweiligen Gebieten geeignete Standorte für Windkraftanlagen zu identifizieren. Stockelsdorf meldete zehn geeignete Flächen, die mit Hilfe des Beratungsbüros „Brien, Wessels, Werning“ im Mai 2009 genauer bewertet wurden. Sieben mögliche Standorte mussten am Ende der Analyse auf Grund von Ausschlusskriterien wie Vogelschutz oder Flugsicherung wieder gestrichen werden. Von den drei übrigen erschien vor allem das 104 Hektar große Gebiet 'Südlich Cashagen' geeignet. Im Juli 2009 teilte der Kreis Ostholstein allerdings mit, dass weitere Flächen nachgemeldet werden könnten. Dies erfolgte wiederum mit Hilfe des Beratungsbüros, wobei auf Wunsch



von Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann der weitsichtige Beschluss gefasst wurde, nur mögliche Anlagen im einheitlich großen Abstand von 750 Metern zur bebauten Umgebung ins Auge zu fassen. Da man sich aber noch im Vorverfahren zur Änderung des Regionalplanes befand, wurde 2009 noch nicht endgültig entschieden, welche Fläche es tatsächlich werden sollte.

Dennoch zeigten bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2009 einige Windkraftanlageninvestoren Interesse am Gebietserwerb und traten mit Bauern in Verhandlungen über Pachtverträge. Mit Interesse beobachteten die Stockelsdorfer Gemeindewerke diesen Vorgang. Schnell war ein Plan geboren: Wieso sollten eigentlich nur Investoren von außerhalb das neue Geschäftsfeld Windenergie besetzen? Warum sollte sich nicht auch der gemeindeeigene Wasser- und Gaslieferant beteiligen? Und wenn, dann bräuchte man ja vielleicht einen Partner und eine eigene Gesellschaft? All diese Überlegungen führten dazu, dass 2009 erste Gespräche mit Dorfvorstehern und Grundstückseigentümern geführt wurden, aber auch mit dem möglichen Partner, den Stadtwerken Lübeck.

### **Der Netzkonzessionsvertrag**

Die Diskussionen um die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Gründung einer neuen Windparkgesellschaft waren jedoch nicht die einzigen Energiethemen von Wichtigkeit für Politik und Gemeindeverwaltung in diesem Zeitraum. Wie in vielen anderen Kommunen auch lief am 23. Oktober des Folgejahrs 2010 der über zwanzig Jahre geschlossene Konzessionsvertrag für den Betrieb der Stromnetze aus. Die Frage war, ob die Gemeinde weiterhin mit dem bisherigen Betreiber, der EON-Hanse AG (später „Schleswig-Holstein-Netz AG“) zusammenarbeiten wollte, oder mit einem anderen Anbieter. Da Kommunen in ganz Deutschland sich vor einer ähnlichen Entscheidung sahen, war eine bundesweite Debatte darüber entbrannt, die auch im Jahr 2014 noch geführt wird.

„(Re-)Kommunalisierung“ heißt das Stichwort, das für Entscheidungshoheit über klimafreundliches Handeln auf kommunaler Ebene steht. In Stockelsdorf hatte man schon vor Jahren in kluger Voraussicht beschlossen, die Stadtwerke nicht zu verkaufen. Außerdem versorgt seit dem Jahr 2007 eine 100-prozentige Tochter der Gemeindewerke, die Gesellschaft für kommunale Dienste (GKD) die Gebäude der Kommune mit Wärme. Es handelt sich dabei um Energie-Contracting im Rahmen eines In-House-Geschäfts. Durch die Gründung dieser Firma konnten die Heizungsanlagen auf den modernsten Stand gebracht werden. Die Überlegung, neben eigenen Stadtwerken und der GKD auch die Stromnetze selbst zu betreiben, lag nahe.

Als der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag in Kooperation mit dem Städteverband Schleswig-Holstein und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 8. September 2009 zur Fachkonferenz „Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen“ nach Rendsburg lud, nahmen Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann, CDU-Fraktionsführer Andreas Gurth, Grünenfraktionsvorsitzender Rolf Dohse und der Geschäftsführer der Gemeindewerke, Winfried Dietrich, die Gelegenheit war. Gemeinsam erinnern sie sich: „Das war der Startschuss, der mit einer Fülle von Informationen erste Entscheidungsgrundlagen bot. Wir stellten fest, dass viele andere Kommunen ähnliche Fragen wie wir haben.“ Nach dem Besuch weiterer Veranstaltungen sowie umfangreicher Beratungen und Sitzungen einigten sich alle Beteiligten aus Politik und Verwaltung in Stockelsdorf auf einen Netzbetreiberwechsel. Am 8.7.2010 wurden auf der Terrasse des historischen Stockelsdorfer Herrenhauses die entscheidenden Unterschriften unter den Vertrag geleistet, der am 17.10.2010 in Kraft trat.

Den Zuschlag erhielten die Gemeindewerke Stockelsdorf, die neben der GKD und ihrem Wärmecontracting bislang nur Gas und Wasser im Angebot gehabt hatten. „Für uns war wichtig, dass wir möglichst mit einem kommunalen Dienstleister alles aus einer Hand bieten

können. Das liegt ja auch unter kaufmännischen Gesichtspunkten nahe“, erläutert Andreas Gurth. Denn es stand nicht nur die Erneuerung des Konzessionsvertrags an, gleichzeitig sollte auch das Portfolio der Gemeindewerke Stockelsdorf um die Sparte Stromvertrieb erweitert werden.

Als weiteres Projekt war jetzt der Bau eines eigenen Windparks geplant. Die ersten Überlegungen aus dem Vorjahr waren inzwischen so weit gediehen, dass zusammen mit der Stadtwerke Lübeck GmbH die Gründung einer kommunalen Windparkgesellschaft geplant war und im Dezember 2010 tatsächlich vollzogen werden konnte. Mit dem regenerativ erzeugten Strom sollte mindestens die Hälfte der Einwohner/innen von Stockelsdorf versorgt werden.

Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann freute sich am 8. Juli 2010 über den „umweltpolitischen Meilenstein“, der durch die Erweiterung des Aufgabenfeldes der Gemeindewerke erreicht wurde. Dazu hatte sie allen Grund, konnte die Kommune doch ab jetzt z.B. umfassend integrierte Energiekonzepte entwickeln, wenn sie das wollte. Die Entscheidungen aus dem Jahr 2010 schufen eine solide Grundlage für ein Handeln, das erst einige Jahre später zum Tragen kommen sollte – wenn auch teilweise anders als ursprünglich erwartet, wie sich einige Jahre später herausstellte.

### **Der B-Plan 66**

Im Sommer 2010 fiel zunächst ein weiterer Startschuss mit klimafreundlichem Zukunftspotenzial. Der Bebauungsplan Nr. 66 für das Gebiet „Bohnrader Weg“ wurde auf den Weg gebracht. Während andere Gemeinden Neubaugebiete an Investoren oder Wohnungsbaugesellschaften verkaufen, hat die Gemeinde Stockelsdorf auf Initiative von Bauamtsleiter Dieter Rodewald vor ungefähr achtzehn Jahren das Modell der sogenannten aktiven Bodenvorratspolitik eingeführt. In Stockelsdorf wird die Kommune bei der Baulandmobilisierung selbst aktiv und bevorratet sich mit Entwicklungsflächen, die sie am Ende direkt an Bauwillige veräußert.

Die Gemeinde verhandelt in diesem Zusammenhang mit den Eigentümern von Grundstücken auf Basis angemessener Ankaufspreise. Diese Preise sind marktüblich und entsprechen grundsätzlich denen, die auch ein Bauträger beim Ankauf von Bauerwartungsland zahlen würde. Dies schafft eine Vertrauensbasis, die mittlerweile dazu geführt hat, dass die Eigentümer direkt mit der Gemeinde Kontakt aufnehmen, um über einen Ankauf zu verhandeln. Wichtig für die Verkäufer ist, dass eine transparente Kaufpreisgestaltung vorliegt, gleiche Preise bei gleichen Konstellationen gezahlt werden und die Zahlungen durch die Kommune termingerecht und verlässlich erfolgen. Der Verkauf an die privaten Bauherren zu einem attraktiven Preis wird im Rahmen sogenannter Grundstückskauf- und Ablöseverträge abgewickelt. Dies bedeutet, dass der Käufer den finanziellen Rahmen des Grunderwerbs sicher kalkulieren kann und die Gemeinde gleichzeitig eine Erstattung für ihre Erschließungsmaßnahmen erhält.<sup>80</sup> Etwaige Überschüsse fließen in infrastrukturelle Maßnahmen und dienen so wiederum der Attraktivitätssteigerung der Kommune.

Die aktive Bodenvorratspolitik, also der direkte Verkauf über die Gemeinde Stockelsdorf, birgt außer-gewöhnliches Gestaltungspotenzial für das kommunale Bauwesen, das sich auch bei Klimaschutzaktivitäten positiv auswirkt. So konnte im Fall des B.-Planes Nr. 66 in die Vertragsgestaltung auch ein Wärmelieferungsvertrag integriert werden, durch den eine hundertprozentige Anschlussdichte für das Neubaugebiet erreicht wird.

<sup>80</sup> Hiermit wird das auch im Baugesetzbuch festgelegte Ziel verfolgt, dass die Kommune die Bevölkerung mit Wohnraum versorgt, in dem sie Flächen überplant, erschließt und dann als Bauland zur Verfügung stellt.

Fraktionsvorsitzender Rolf Dohse von Bündnis90/die Grünen erinnert sich: „Eine ökologisch mustergültige Gestaltung des Neubaugebietes war mir wichtig. Bei einer Beratungssitzung über die zukünftige Wärmeversorgung mit der Verwaltung im Jahr 2012 stellte ich erfreut fest, dass sie den Klimaschutzgedanken schon sehr überzeugt vertritt.“ Das Stockelsdorfer Bauamt verfolgte konsequent das Ziel niedriger CO<sub>2</sub>-Werte bei der Energieversorgung des Gebiets am Bohnrader Weg. Zusätzlicher politischer Druck seitens der Umweltpartei war also gar nicht nötig.

Unentschieden war jedoch das genaue Energiekonzept für die neue Siedlung. Hier half qualifizierte Information. Im Herbst 2012 bestätigte der aus dem Kieler Energiewendeministerium eingeladene „grüne“ Wärmeexperte Ralf Radloff in seinem Vortrag „Die Rolle der Kommune bei der Umsetzung der Energiewende“ die Vorteile eines Blockheizkraftwerkes. Genau solch ein Blockheizkraftwerk soll ab Mai 2015 die Wärmeversorgung der neuen Häuser am Bohnrader Weg und mehrere Liegenschaften der Gemeinde tatsächlich sicherstellen. Außerdem hat sich die Gemeinde Stockelsdorf dafür entschieden, an das BHKW auch eigene Gebäude anzuschließen, so dass insgesamt von einem nicht nur energetisch sinnvollen, sondern auch sehr wirtschaftlichen Betrieb der Anlage ausgegangen werden kann.

### **Immer neue Stolpersteine rund um die Windenergie**

Während die Pläne für das Neubaugebiet allmählich Gestalt annahmen, entwickelte sich der Feinschliff bei der Suche nach geeigneten Windenergiegebieten mühsam. Die im Dezember 2010 gegründete kommunale Windparkgesellschaft und die zusätzlich von dem Investor BayWa geplanten Anlagen gerieten unter den Beschuss einer zwar kleinen, aber eifrigen Bürgerinitiative. Von „Wertverlust eigener Immobilien“ bis Gesundheitsbedenken reichten die öffentlichkeitswirksam inszenierten Argumente. Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann suchte den Dialog. Aufgrund ihrer transparenten Kommunikation gelang es der Großgemeinde Stockelsdorf mit ihren Dorfschaften zunächst ihr Windenergieprojekt trotz einzelner Gegenstimmen voranzubringen.

Als weitere Stolpersteine erwiesen sich unterschiedlichste Vorgaben aus den Ministerien, die anfangs noch relativ glimpfliche Auswirkungen hatten, indem sie „nur“ ein großes Maß an Extraarbeit nach sich zogen. Der Runderlass<sup>81</sup> im April 2011, der plötzlich neue Mindestabstände von 800 Metern zwischen Siedlungen und Eignungsgebieten festsetzte, war durch die freiwillig gewählte 750 Meter-Grenze in Stockelsdorf fast vorweggenommen. Die Bedenken des Amts für Denkmalspflege, Windkraftanlagen würden den freien Blick auf Lübeck behindern, wurden durch das Urteil des Weltkulturerbe-Beauftragten entkräftet, der keine Beeinträchtigung der Sichtachsen erkennen konnte. Die untere Naturschutzbehörde des Kreises Ostholstein wiederum forderte im Gegenzug für den Bau von zwanzig Windmühlen den Nachweis von ca. 100 Hektar Ausgleichsfläche. Zusätzlich gab es immer neue Auflagen zu Themen wie Fledermaus, Wachtelkönig, Rotmilan oder auch die Forderung, Ausgleichsflächen so zu bewirtschaften, dass Greifvögel zur Brutzeit tote Kleintiere als Futter finden könnten. Eine rechtliche Basis für viele der vorgebrachten Naturschutzeinwände fehlte jedoch, so Gemeindegewerksleiter Winfried Dietrich. Aber das war noch nicht alles. Das Jahr 2013 sollte eine richtige Hiobsbotschaft bringen. Zum

<sup>81</sup> Genau formuliert handelt es sich um den gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr mit Wirkung vom 4.4.2011 und dem Titel „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“

Jahreswechsel 2013 ahnten die Stockelsdorfer/innen erst schemenhaft die Aufregungen der kommenden zwölf Monate.

### **Das integrierte Klimaschutzkonzept kommt auf den Weg**

In der ersten Jahreshälfte herrschte zunächst Aufbruchsstimmung. Der kompetente Vortrag von Ralf Radloff im Herbst 2012 hatte alle Zuhörer begeistert. CDU-Fraktionsvorsitzender Andreas Gurth war ebenso beeindruckt von den Vorteilen, die Maßnahmen wie Dämmung oder Energiesparen erbringen können, wie Rolf Dohse von den Grünen und auch Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann. Aus der positiven Stimmung entsprang der Handlungsimpuls. Die schwarze und die grüne Fraktion entwarfen im Januar 2013 einen gemeinsamen Antrag „auf Schaffung einer Stelle für einen Energie Manager“.

Knapp einen Monat danach diskutierten die Gemeindevertreter über das Thema. Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann verwies in der Sitzung auf bereits erreichte Klimaschutzmaßnahmen in Stockelsdorf. Dazu gehört die kontinuierliche Umstellung auf LED-Technologie bei Straßenlaternen. Als Beispiele nannte die Bürgermeisterin den Umbau und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude wie etwa Kindergärten, außerdem den mittels Photovoltaik erneuerbar erzeugte Strom auf den Dächern der Sportanlage, der Grundschule Ravensbusch und der Übergangsunterkunft. Ergänzen lässt sich die Aufzählung um die Holzhackschnitzelheizung im zu Stockelsdorf gehörenden Horsdorf, wofür der kleine Ort von der Gemeinde mit dem Umweltpreis 2012 ausgezeichnet worden war.

Vor dem Hintergrund des bereits Erreichten und um noch effizienter zu werden, erschien ein Energiekonzept also hilfreich. In der Sitzung der Gemeindevertreter vom Februar 2013 überzeugte der schwarz-grüne Antrag auch die SPD. So konnte er, trotz einiger Gegenstimmen, mit großer Mehrheit beschlossen werden.

Erfolgreiches Handeln entsteht, wenn Politik und Verwaltungsspitze an einem Strang ziehen. Zusätzliche Effektivität kommt ins Spiel, wenn Entscheidungen auf der Umsetzungsebene proaktiv und mit kompetentem Weitblick angepackt werden. Auf Grund der Überlegungen und Vorbereitungen zum Klimaschutz, die Carsten Holst aus dem Bauamt schon lange vor dem Antrag der Gemeindevertreter in die Wege geleitet hatte, konnte rasch auf den Auftrag zur „Schaffung einer Stelle für einen Energie Manager“ reagiert werden.

Zunächst wurde im Februar 2013 eine dreiköpfige verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet, bestehend aus Carsten Holst, Kämmerer Andreas Ladewig und Hauptamtsleiter Axel Kerbstadt. Bei der Prüfung, unter welchen Förderbedingungen dem Auftrag der Gemeindevertreter entsprochen werden konnte, wurde die Reihenfolge der Fördermitteleinwerbung auf Basis der Kommunalrichtlinie der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) schnell klar. Vor der Einstellung eines/r Klimaschutzmanagers/in musste ein Konzept erstellt werden. Zur Vorbereitung auf diese voraussetzungsvolle Aufgabe kann wiederum eine Anfangsberatung in Anspruch genommen werden. Um fristgerecht zu handeln, stellte die Verwaltung unter Federführung von Carsten Holst zum 31. März einen entsprechenden Antrag beim Projektträger Jülich, der im Nachgang durch den Gemeinderat bestätigt wurde. Gern zahlte die Kommune den nötigen Eigenanteil.

Zusätzlichen Rückenwind erhielt das Klimaschutzengagement in Stockelsdorf durch das Ergebnis der Kommunalwahlen im Frühjahr, aus denen die Grünen gestärkt hervorgingen. Das bereits beim Antrag zur Einstellung eines Energiemanagers erprobte schwarz-grüne Bündnis sollte ab jetzt die Geschicke in Stockelsdorf steuern. Mit der Förderzusagen Ende Juli 2013 und der Beauftragung des Büros „wortmann-energie, Kiel und EMN, Husum“ im November hätte es eigentlich mit voller Kraft voran gehen können.

### **Steine auf dem Weg**

Stattdessen überschattete Ärger aus gleich zwei Richtungen den Auftakt zur Arbeit am Klimaschutzkonzept. Im Sommer traf eine sehr schlechte Nachricht ein. Das Stichwort lautet „Drehfunkfeuer“. Die deutsche Flugsicherung teilte mit, dass statt eines bisher kommunizierten Sicherheitsabstands von 3 km zu Funktürmen nunmehr prinzipiell 15 km zu gelten hätten. Für Stockelsdorf bedeutete dies, dass keine einzige Windkraftanlage errichtet werden könnte. Die sechsstellige Summe, die bisherige Planungen der Kommune gekostet hatten, wurde als Investitionsrisiko abgetan. Trotz Einspruchs auf verschiedenen Ebenen hängen seitdem alle Planungen in der Luft. Aber damit nicht genug.

Stockelsdorf musste außerdem feststellen, dass keine verlässlichen Spielregeln für die Rekommunalisierung der Netze existieren. Wie errechnet sich der Wert des Netzes? Die Netzbetreiber sind nicht verpflichtet, Angaben darüber offen zu legen. „Der Gesetzgeber hat das nicht zu Ende gedacht!“ empört sich CDU-Fraktionsvorsitzender Andreas Gurth. „Die sollen sich mal klar ausdrücken“, schimpfen auch einige Mitglieder der Gemeindeverwaltung. Mit ihrem Unmut sind sie nicht allein. Dass Regelungslücken im Energierecht und diskriminierende Auslegungsgrundsätze geltender Gesetze von den Stromkonzernen systematisch genutzt werden, um örtliche Stromnetzübernahmen zu verhindern, ist ein deutschlandweit diskutiertes Thema.<sup>82</sup>

Dies geschah auch in Stockelsdorf. Unter Berufung auf ein rückwirkend geltendes BGH-Urteil Ende des Jahres 2013<sup>83</sup>, in dem nachträglich Kriterien für die Netzkonzessionsvergabe präzisiert worden waren, wehrte sich die EON-Hanse-Tochter Schleswig-Holstein Netz AG gegen die Netzübernahme durch die Gemeindewerke Stockelsdorf. Das Verfahren der Konzessionsneuvergabe musste neu aufgerollt werden.

### **Stockelsdorf lässt nicht locker**

Trotz all dieser Hindernisse ließ sich die Kommune Stockelsdorf nicht beirren. Mit dem Beginn der systematischen Strukturierung ihrer Klimaschutzaktivitäten läutete die Kommune konsequent eine neue Ära ein. Langfristiges Ziel ist es Organisationsmodelle und Arbeitsansätze in Politik und Verwaltung zu entwickeln, die emissionsarmes Wirtschaften über alle Ebenen hinweg ermöglichen. Als erste konkret greifbare Handlung konnte die verwaltungsinterne Arbeitsgemeinschaft am 30. April 2014 in einstimmigem Auftrag der Gemeindevertretung den Antrag zur Förderung des Klimaschutzkonzepts einreichen. Schon vier Monate später kam die Bewilligung.

Die klimafreundlichen Strategien von Verwaltung und Politik wurden im Sommer 2014 nicht nur durch das Bundesumweltministerium unterstützt, sondern außerdem belohnt durch das mächtigste Argument, das unsere Gesellschaft kennt, nämlich dem der Kaufbereitschaft. Die neu entwickelten Grundstücke am Bohnrader Weg (B-Plan 66) fanden dreimal so viele Interessenten wie Flächen angeboten wurden. Vom sinnvollen Anschlusszwang an die Nahwärme (Blockheizkraftwerk und Spitzenkessel) ließ sich augenscheinlich niemand abschrecken; zumal die Anbieterwahl des Wärmelieferanten den Kunden freigestellt blieb. „Einige waren vorher der Meinung, dass es für den Verkauf hinderlich wäre, das Energiekonzept so auszurichten“, erinnert sich Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann. Aber, so stellt sie erfreut fest: „Das Heizkraftwerk ist kein Verkaufshemmnis gewesen“.

Der beeindruckende Weg von Stockelsdorf zeigt, dass zähe Beharrlichkeit zum Erfolg führt, trotz aller Hürden, Hemmnisse und Rückschläge. Diese Erfahrungen bilden ein von allen

<sup>82</sup> [http://www.energieverbraucher.de/de/Konzessions--vertraege\\_\\_1673/NewsDetail\\_\\_13592/](http://www.energieverbraucher.de/de/Konzessions--vertraege__1673/NewsDetail__13592/)

<sup>83</sup> Urt. v. 18.12.2013, Az. KZR 66/12

beteiligten Akteuren in Stockelsdorf errichtetes Fundament, das in den kommenden Monaten und Jahren einen vorbildlich angelegten Prozess zum Aufbau eines Klimaschutzmanagements ermöglichen. Schon in den Details der nächsten Monate wird sich dies erweisen. Die Workshops der Anfangsberatung können ohne Pause übergehen in die Arbeit am Klimaschutzkonzept und danach in die des Managers/der Managerin. Die von anderen Kommunen oft beklagten langen Wartezeiten werden verhindert durch vorausschauende Planung. Und vielleicht kommen dann irgendwann einmal doch noch die Windkraftanlagen.



## 9. Herrnhut:..aber fein! Die kleinste Klimaschutzkommune Deutschlands

Am östlichen Rand von Deutschland im Landkreis Görlitz gibt es eine kleine Stadt, von der man sogar in China spricht. Hier suchte man schon zu DDR-Zeiten nach Wegen, die Braunkohlebriketts durch ökologische Brennstoffe zu ersetzen. Auch nach der Wende von 1989 wurden weiterhin gezielt klimafreundliche Akzente gesetzt, sodass in den 90er Jahren des letzten Jahrhundert hier so manches anders verlief als in vergleichbaren Kommunen in den neuen Bundesländern. Die Belohnung in Form von Auszeichnungen für die vielen Aktivitäten ließ nicht auf sich warten. 2006 beispielsweise erhielt die Stadt Herrnhut im Rahmen des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ von der DUH den Sonderpreis für die kleinste Klimaschutzkommune Deutschlands<sup>84</sup>.

International bekannt ist die Stadt Herrnhut aber schon seit fast drei Jahrhunderten durch die gleichnamige Glaubensgemeinschaft, deren „Herrnhuter Stern“ auf allen Weihnachtsmärkten leuchtet. Die Brüder-Unität<sup>85</sup> wurde 1727 gegründet, fünf Jahre nach dem Bau des ersten Holzhauses der Siedlung. Damals fanden evangelisch-pietistische Religionsflüchtlinge aus Böhmen und Mähren auf dem Landgut des Grafen von Zinzendorf Aufnahme, der den Brüdern das Anwesen nach seinem Tod vermachte. „Unter dem Hut des Herrn“ zu leben bedeutete für sie die Verbreitung der frohen Botschaft und damit Missionstätigkeit in aller Welt. Unter Gläubigen bekannt und beliebt ist das schon früh entstandene, jährliche erscheinende Andachtsbuch der „Losungen“, das für jeden Tag Kommentare zu einer ausgewählten Bibelstelle enthält.

Vor Ort jedoch zeichnete sich die Glaubensgemeinschaft von Anfang an durch Innovationsgeist und handwerkliche Geschicklichkeit aus. Bereits 1740 waren eine ganze Reihe von Betrieben gegründet, beispielsweise eine Weberei oder Uhrmacherwerkstätten. Berühmt wurde der findige Kaufmann Dürninger. „Lass Handel und Gewerbe unter uns dir geheiligt sein; lass es redlich unter uns zugehen in allen Dingen. Lass uns an der Arbeitsstätte einander achten und nach deinem Willen leben“, lautete das Motto der Brüder. Damit steuern sie ihre Gemeinschaft bis heute erfolgreich durch die Zeitläufte.

Norbert Wiedemann, seit 1977 technischer Leiter des Förderungszentrums „Johann Amos Comenius für geistig behinderte Jugendliche“<sup>86</sup>, einer Einrichtung der Brüder-Unität, erinnert sich: „Mitte der 70er Jahre gab es ein Gespräch zwischen der Diakonieleitung der DDR und Erich Honecker. Es ging um die Finanzierung von Plätzen für Behinderte, um die sich das Förderungszentrums kümmerte.“ Dabei wurde eine Übereinkunft getroffen, die den SED-Staat von den Pflegeaufgaben entlastete und der Diakonie gute Arbeitsbedingungen sicherte. Das Förderungszentrum wurde dem Gesundheitsministerium unterstellt, konnte die damit verbundenen Privilegien nutzen, ohne aber ideologisch kontrolliert zu werden. Norbert Wiedemann formuliert es so: „Wir haben nach der Planwirtschaft gearbeitet, aber nicht mit den Mitteln der Planwirtschaft.“ Selbstverständliche Grundlage der Vereinbarung war die hundertprozentige Verpflichtung auf das moralische Prinzip, nicht zum eigenen Privatvorteil zu handeln.

<sup>84</sup> <http://www.duh.de/uploads/media/Herrnhut.pdf>

<sup>85</sup> [www.ebu.de/](http://www.ebu.de/)

<sup>86</sup> [www.herrnhuter-diakonie.de/ueber-uns/historie/](http://www.herrnhuter-diakonie.de/ueber-uns/historie/)



Unter diesen Bedingungen war es Norbert Wiedemann möglich, dem innovativen Geist des Förderungszentrums bei der Suche nach einem Ersatz für die ineffektiven, stinkenden Braunkohlebriketts optimal gerecht zu werden. Bereits 1981 stellte die Leitung des Förderungszentrums erste Untersuchungen zum ersatzweisen Einsatz von Holz für die Wärmeversorgung der Objekte der Evangelischen Brüder-Unität an. Die Brüdergemeinde besaß ausgedehnte Waldflächen im nahen Umland, die Brennholz liefern konnten. Mitte der 80er-Jahre erhielt Norbert Wiedemann den Auftrag in Zusammenarbeit mit dem Brandstoffinstitut Freiberg, dem Institut für Bergbausicherheit, dem Institut für Energetik in Leipzig, der Kreisenergiekommission und anderen die Möglichkeiten einer Holz basierten Wärmeerzeugung auszuloten. Zusätzlich sammelte Norbert Wiedemann Informationen auf Messen im Inland, bald aber auch im Ausland.

Dazu erzählt er eine phantastisch klingende, aber wahre Geschichte. Eigentlich sollte er auf einer Geschäftsreise nach Ungarn eine Holzhackschnitzelanlage kaufen. Zu dem Zweck bekam er eine damals nötige, sogenannte Außenhandelsnummer. Angesichts überhöhter Preise ließ Norbert Wiedemann das Ganze aber platzen; durfte jedoch die begehrte und selten vergebene Nummer behalten. Dieser ungeplante Vorfall ermöglichte es ihm 1986/87, seine Recherchen auf das gesamte westeuropäische Ausland auszudehnen. Unterstützt wurde er dabei von der TU Dresden, die die eintreffenden Angebote überprüfte. Als geeignet für eine Zusammenarbeit kristallisierte sich das österreichische Unternehmen „Fröling“ heraus, mit dem die Stadt Herrnhut bis heute eine gute Geschäftsbeziehung unterhält. Bereits 1988 war eine Heizzentrale zur Fernwärmeversorgung, befeuert durch Holzhackschnitzel, planungsseitig fertig gestellt. Sie hätte 1,5 Millionen Kilowattstunden Leistung gebracht und fast alle Objekte der Evangelischen Brüder-Unität versorgt.

Die Wende brachte diese Pläne durcheinander, öffnete aber auch neue Möglichkeiten. Denn plötzlich konnten die nötigen Rohre für die Heizzentrale nicht mehr wie vorgesehen verlegt werden, meldeten doch Grundstücksbesitzer Ansprüche an, die in der DDR keine Rolle gespielt hatten. Außerdem änderte sich noch etwas Anderes ganz grundsätzlich. Norbert Wiedemanns Mitbruder und Kollege Rainer Fischer trat zu den Märzahlen 1990 mit der Herrnhuter Liste als Bürgermeisterkandidat an und gewann. Ab diesem Zeitpunkt bis zu Rainer Fischers Pensionierung im Jahr 2008 sollten die beiden Männer ein gutes Team bilden, wenn es um Fragen einer klimafreundlichen Wärmeversorgung der Stadt Herrnhut ging.

Aber Herrnhut hatte auch noch in anderer Hinsicht Glück. Denn wie in den übrigen Städten der ehemaligen DDR herrschte ein großer baulicher Sanierungsbedarf. Mit Hilfe prominenter Unterstützer von Johannes Rau über Klaus Töpfer bis Hans Modrow gelang es, genug Fördergelder und Spenden einzuwerben, um die schöne Stadt zu sanieren.

Die Anstrengungen, Heizung und Warmwasserbereitung auch unter den neuen Rahmenbedingungen auf andere Energieträger als Braunkohlebriketts umzustellen, fruchteten 1991. Im Förderungszentrum entstand die erste kombinierte Holzheizungsanlage im Verbund mit Gasbrennwertkesseln. An das Nahwärmenetz mit einer Leitungslänge von 900 Metern wurden außerdem Wohnheime für betreutes Wohnen angeschlossen, dazu kamen Werkstätten, das Haupthaus und die Kirche. 1994 gab es dafür den Preis der deutschen Gaswirtschaft sowie 10.000 DM und eine Urkunde in Bad Godesberg.

Mit der neuen Technologie war man so zufrieden, dass 1995 auch die Altanlagen im Zinzendorf Gymnasium Herrnhut und im Wohnheim "Christian-David-Haus" zur Bereitstellung von Heizungswärme und Warmwasser umgerüstet wurden auf die Verbrennung von regionalem Holz aus einer Holzhackschnitzelheizungsanlage. Außerdem wurde das Traditionsunternehmen Abraham Dürninger mit einer Biomasseheizungsanlage versorgt. Gasbrennwertkessel stehen auch hier für den Ausgleich bei Spitzennachfrage bereit. Im Lauf der kommenden Jahre kamen zusätzlich auch noch Holzpellets zum Einsatz.

Herrnhut gelangte in den internationalen Pionierruf einer Holzheizungsstadt. Informationstage wurden nicht nur für die Einheimischen durchgeführt, sondern lockten ein Publikum aus

aller Welt. Im Lauf der Jahre besuchten Interessenten aus einer Vielzahl von Ländern die Stadt. Sie kamen aus dem nahen, mittleren und fernen Osten, aus Südamerika, Osteuropa und aus Afrika, darunter nicht nur Experten, sondern ab dem Jahr 2009 auch mehrere japanische Schulklassen. Sogar die Neugier des chinesischen Forstministers wurde geweckt, der Herrnhut im Jahr 2006 einen Besuch abstattete. „Der war ganz begeistert, eben auch, weil wir offen waren und auch gesagt haben, was nicht funktioniert hat“, berichtet Norbert Wiedemann. Seitdem hängt im fernen China ein Herrnhuter Stern.

Als nicht durchsetzbar erwies sich der Plan, auf den Dächern der Stadt Thermosolaranlagen aufzubringen, weil sich hier Denkmalschutzbedenken durchsetzen. Zum Bedauern von Rainer Fischer und Norbert Wiedemann konnte man auch ein anderes, ambitioniertes Projekt nicht realisieren, das in einer Doktorarbeit der Universität Dresden ausgelotet wurde. Dabei ging es um die Idee auf der Wiese hinter dem Altenpflegeheim ein Thermosolarfeld mit Flüssigsalzspeichern zu bauen. Die Privatanleger/innen, also Bürger/innen von Herrnhut, die hier investieren sollten, zogen jedoch nicht mit. Der Einstiegsbetrag wäre zu hoch gewesen. Stattdessen investierten die Herrnhuter/innen in eigene, einfacher umsetzbare Lösungen wie Photovoltaikanlagen und natürlich Holzheizungen.

Auch wenn einiges nicht wie geplant klappte, beteiligte sich die Stadt Herrnhut im Jahr 2006 am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ und gewann den Preis für die kleinste Klimaschutzkommune Deutschlands. Im Jahr 2007 kam außerdem noch ein Umweltschutzpreis hinzu. Nicht nur die umweltfreundliche Energieerzeugung wurde von den Juroren der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gelobt, sondern auch die vergleichsweise gute Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz und die Förderung der Fahrradnutzung.

Dazu muss allerdings erwähnt werden, dass Profitinteressen der Deutschen Bahn 1998 zur Schließung der bestehenden, aber wenig lukrativen Zugverbindung Löbau-Herrnhut-Zittau geführt hatten. Aus den verschiedenen Ideen zur Alternativnutzung des Bahndamms schälte sich die Möglichkeit einer Nutzung als Fahrradtrasse heraus, dies jedoch erst nachdem eine Reihe anderer Modelle gescheitert war. Es sollte bis ins Jahr 2014 dauern und viele Gespräche mit allen Beteiligten einschließlich des Bundeslandes Sachsen erfordern, bis sich ein Lösungsweg abzeichnete. Er sieht die Finanzierung des Fahrradwegs durch den Landkreis Görlitz vor.

In den Jahren des Verhandelns über die Zukunft der ehemaligen Gleise hatte sich in der Kommune Herrnhut, die 1929 das Stadtrecht erhalten hatte, allerdings viel geändert. Am 1. August 2008 wurde die Stadt Teil des großen Landkreises Görlitz, eine Entscheidung, über die nicht alle glücklich waren. Von der Mentalität her fühlten sich die Herrnhuter/innen Bautzen viel näher, mussten jedoch die Entscheidung der sächsischen Landesregierung akzeptieren. Aber auch die Einwohnerzahl hatte sich geändert. Durch wirtschaftlich begründete Eingemeindungen umliegender Dörfer wuchs die ehemalige Ministadt von 1483 Einwohner/innen im Jahr 2006 auf 6335 Anfang 2014 an. Dies brachte völlig neue Planungsprobleme mit sich. Angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung einer alternenden und schrumpfenden Bevölkerung stellen sich bis heute grundlegende Fragen: Wie viele Kitas sind noch nötig? Wo werden die Schulen stehen? Wie sieht die Infrastruktur aus? Welches Gemeindeamt bleibt noch offen?

Im Jahr 2008 kam es außerdem zu einem Bürgermeisterwechsel. Auf den in den Ruhestand gewechselten Rainer Fischer folgte Bürgermeister Willem Riecke. Das neue Stadtoberhaupt sieht sich nicht nur mit einer größeren Ortschaft, sondern mit der Notwendigkeit grundsätzlicher Weichenstellungen konfrontiert: „Zukunftsthemen sind beispielsweise die ärztliche Versorgung oder Einkaufsmöglichkeiten. Das sind ganz elementare Dinge, die der Bürgerschaft unter den Nägeln brennen“, erklärt Willem Riecke. In einem integrierten Stadtentwicklungskonzept, an dem seit 2012 gearbeitet wird, sollen Antworten auf diese und ähnliche Fragen gefunden werden. Klimaschutzbelange finden dabei natürlich ihre Berücksichtigung. Konkret aktiv wurde die Stadt in den letzten Jahren in mehreren Projekten: 55 Straßenlaternen an der Hauptstraße wurden auf LED umgerüstet, die Heizung der Grundschule wurde auf rei-

nen Pelletbetrieb umgestellt und mit einer kontrollierten Lüftungsanlage versehen, das Dorfgemeinschaftshaus im Ortsteil Strahwalde wurde vollständig energetisch saniert. Nach und nach werden alle Straßenlampen auf LED-Standard umgerüstet. Aber größere Planungen bleiben in dieser Situation unsicherer Umfeldbedingungen schwierig.

Trotz schwankender Zukunftsaussichten können die Herrnhuter/innen auf ein hohes Bewusstsein für den Klimaschutz zurückgreifen. Auf verschiedene Weise wurden Bürger/innen, auch die jungen im schulpflichtigen Alter, mitgenommen auf dem Weg der klimafreundlichen Energieversorgung. So konnten sie in den Jahren 2009 und 2010 erleben, wie ein weiteres Kapitel zum Thema emissionsfreie Beheizung und Raumklimatisierung aufgeschlagen wurde. Bei der Modernisierung des Johann-Friedrich-Köber-Hauses, dem neu erworbenen, denkmalgeschützten Hauptgebäude der Diakonie, vormals Förderungszentrum kam ein Erdwärmesystem zum Einsatz. Mit drei tiefen Bohrungen in 150 Metern wurde die unterirdische Heizkraft angezapft und eine denkmalgerechte Renovierung gekoppelt an ein nachhaltiges Energiekonzept. Am 8. September 2010 konnten die Gemeindemitglieder an einer Diakonischen Vesper teilnehmen, während der das neue Johann-Friedrich-Köber-Haus eingeweiht wurde.

Für Norbert Wiedemann war die Arbeit an der Geothermieanlage das letzte Großprojekt seiner Berufslaufbahn. Im Januar 2013 wurde er unter Verleihung des Goldenen Kronenkreuzes, der höchsten Auszeichnung der Diakonie geehrt, und gleichzeitig feierlich verabschiedet. Die vorbildliche Energie- und Umweltbilanz der Häuser der Herrnhuter Diakonie sei vor allem seinem Engagement zu danken, hieß es in der Laudatio. Als Technischer Leiter der Herrnhuter Diakonie und stellvertretender Bürgermeister habe er wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadt Herrnhut seit vielen Jahren „Klimakommune“ sei. Er hat seinen Nachfolgern ein anspruchsvolles Erbe hinterlassen.

## 10. Wildau: Der Schlüssel steckt im Schloss

### Vorgeschichte

Immer wenn der Winter kam, roch es in der Schwartzkopff-Siedlung<sup>87</sup> in Wildau bei Berlin nach Kohle. Dann dampfte vor den Häusern die Resthitze aus den Aschkästen in die kalte Luft. Ab 1900 war das heute berühmt gewordene Wohnensemble mit seinen roten, typisch märkischen Klinkerziegeln für die Arbeiter der nahegelegenen Fabrik gebaut worden. Die „Berliner Maschinenbau AG, vormals Louis Schwartzkopff“ stellte Lokomotiven her. Aus den hohen Schloten des Fabrikgeländes trieben das ganze Jahr über Rauchschwaden in den Himmel. Fast ein Jahrhundert lang prägte dieses Bild das Alltagsleben in Wildau.

Mit der politischen Wende von 1989 kam es zunächst zu einem bitteren Einschnitt. Im Lauf der Jahrzehnte hatten sich schon mehrfach die Besitzverhältnisse und damit auch der Name und der Zuschnitt des Werks geändert. Es hatte die Weltwirtschaftskrise und die sowjetische Besatzungszeit überlebt. Zu DDR-Zeiten hieß es „VEB Schwermaschinenbau Heinrich Rau“ und zum Schluss Schwermaschinenbau AG Wildau (SMB). Auch die hergestellten Güter waren den Zeitläuften angepasst worden, neben Lokomotiven bis 1945 wurden Rüstungsgüter und Flugzeugteile (AEG-Flugzeugwerke) und ab 1949 Schwermaschinen produziert. Das umstrittene Vorgehen der Treuhandanstalt zwischen 1990 und 1994 führte jedoch zum unumkehrbaren Kahlschlag. Knapp 3000 Menschen verloren ihren Arbeitsplatz.

### Der Neuanfang nach der Wende

1994 ist aber auch das Datum des Neuanfangs. Die neuen Zentralheizungen in den Wohnungen der Schwartzkopff-Siedlung wurden fertiggestellt und erzeugten wohlige Wärme ohne Kohlegestank. Im selben Jahr kaufte das Land Brandenburg für die drei Jahre zuvor aus der „Ingenieurschule für Schwermaschinenbau“ hervorgegangene „Technische Fachhochschule Wildau“<sup>88</sup> den südlichen Teil des brach liegenden Industrieareals. In den Jahren nach der Jahrtausendwende entwickelte sich dort ein moderner Campus von hoher Attraktivität. Ebenfalls 1994 wurde im nördlichen Teil des Geländes das „Technologie- und Gründerzentrum Wildau“ (TGZ Wildau GmbH) aufgebaut.

Aus der Konkursmasse der von der Treuhand abgewickelten SMB AG entstand außerdem - auch 1994 - die Firmenausgründung „Wildauer Kurbelwellen AG“. Heute zählen die Kurbelwellenfabrik und ihr Schwesterunternehmen, die Wildauer Schmiedewerke GmbH & CO KG, zu den europäischen Branchenführern. Auch das Dröhnen des riesigen Gegenschlaghammers, ein akustisches „Wahrzeichen“ von Wildau, hatte den Umbruch überlebt. „Zu unseren Auftraggebern gehört zunehmend auch die Gas- und Ölindustrie“, sagt Mark Martin, Geschäftsführer der Schmiedewerke. Wildau kann die geforderte Qualität für Bohrungen in der Tiefsee liefern. Für den Wirtschaftsstandort Wildau ist das ein großer Erfolg.

### Natur- und Klimaschutz?

Doch wie geht eine Stadt, in der fossile Energie eine so wichtige Rolle spielt, mit dem Klimaschutz um? Die Antwort auf diese Frage ist gar nicht so einfach. „Klimaschutz ist bei uns bisher kaum Thema gewesen. Natur- und Landschaftsschutz schon, da sind Teile der Bevölkerung sehr aktiv“, sagt Olaf Rienitz, in der Stadtverwaltung für Wirtschaftsförderung und

<sup>87</sup> <http://www.wildau.de/Schwartzkopff-Siedlung-678476.html>

<sup>88</sup> [www.tfh-wildau.de/](http://www.tfh-wildau.de/)

Beteiligungsverwaltung zuständig. Dem auswärtigen Besucher sticht sehr schnell ins Auge, warum das so ist. Die Stadt ist in eine prächtige Landschaft eingebettet. Wer beim Namen Wildau „grüne Wildnis“ assoziiert, liegt richtig. Ob Kurpark, Dahmewanderweg oder das Wassergebiet rund um das Klubhaus, das derzeit saniert wird – Naturschönheiten gibt es in großer Fülle zu bestaunen. Nicht zuletzt einer der seltenen Erlenbruchwälder inspiriert so manche/n Einwohner/in von Wildau, sich für den Naturschutz einzusetzen. Auch die Kommune selbst engagierte sich, indem sie z.B. das Areal des Tonteichs in den Lausebergen zur Verfügung stellte.<sup>89</sup> So wurde die Renaturierung mit Mitteln der Stiftung NaturschutzFonds Brandenburg möglich.

Allerdings sind Natur- und Klimaschutz nicht das Gleiche. Anders als der thematisch enger gefasste Naturschutz zielt Klimaschutz ganzheitlich auf den Erhalt einer auch in Zukunft lebenswerten Welt und richtet sich so auf einen weiteren Aufgaben- und Zeithorizont aus. Um für morgen vorzusorgen, muss in der Gegenwart gehandelt werden. Teilweise kommt es dabei sogar zum Konflikt mit den unterschiedlichen Belangen, wie etwa, als in Wildau gemäß der Gestaltungssatzung in der Waldsiedlung bis 2010 keine PV-Anlagen erlaubt waren. Eine intakte Natur dient zwar dem Klimaschutz, aber es ist vor allem die menschliche Lebensumgebung, in der Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgasemissionen ergriffen werden müssen.

Wo also mit dem Klimaschutz am besten anfangen? „Wenn Sie hier in Wildau jemanden fragen, ob er oder sie Klimaschutz gut findet, werden das die meisten bejahen. Aber wie das in das konkrete Alltagshandeln einfließen kann, das ist so ein Thema, wo es sicher Unterstützungsbedarf gibt“, stellt Wilfried Kolb, der Leiter der Bauverwaltung fest. Solch eine Unterstützung müsste in der Stadtverwaltung sicherlich auch personeller Natur sein, denn die für Klimaschutz prädestinierte Bauverwaltung ist schon jetzt mehr als ausgelastet.

An generellem Problembewusstsein für das Thema mangelt es an entscheidender Stelle nicht. Wie sein Mitarbeiter Wilfried Kolb, weiß auch Bürgermeister Dr. Uwe Malich genau, dass großer Handlungsbedarf besteht. „Ich habe zu DDR-Zeiten als Wirtschaftshistoriker gearbeitet. Damals hatte ich einen sehr guten Nestor, Professor Hans Mottek, der Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR war. Eine berühmte Persönlichkeit, mit der wir schon sehr früh über „die Grenzen des Wachstums“ diskutiert haben. Nicht jede der damaligen Prognosen sei eingetroffen, aber, so Dr. Uwe Malich: „Die Weltbevölkerung ist auf einem schwierigen Weg. Wir müssen etwas qualitativ Neues für unsere Zukunft tun.“

### Die Initiative „SolarLokal“<sup>90</sup>

Gute Ansätze zum Klimaschutz in Wildau gibt es natürlich schon. Am 22.11 2007 trafen sich im Technologie- und Gründerzentrum Klimaexperten, Wissenschaftler, Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter und Vertreter von Energieunternehmen zum ersten „Klimagipfel“ im Landkreis Dahme-Spreewald. Dabei wurden Vorschläge für kommunales Energiemanagement ebenso diskutiert wie die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch stärkere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Natürlich ging es auch um das Thema erneuerbare Energien. Für Wildau kommt aufgrund der Bebauungsdichte der Stadt aber nur der Einsatz von Photovoltaik in Frage.

Während der Veranstaltung rechnete Professor Siegfried Rolle von der TH Wildau vor, wie lukrativ der damalige Einstieg in die Sonnenstromerzeugung war. Davon ließen sich auch Bürgermeister Dr. Uwe Malich und sein Mitarbeiter Olaf Rienitz überzeugen, als im Sommer 2007 die Initiative „SolarLokal“ dazu aufrief, die Tür zum Klimaschutz zu öffnen. Diese Imagekampagne für mehr Strom aus Sonne in Kreisen, Städten und Gemeinden wurde mit

<sup>89</sup> <http://www.wildau.de/Sanierung-des-Tonteiches-in-den-Lausebergen-809499.html>

<sup>90</sup> [www.solarlokal.de](http://www.solarlokal.de)

der angeschlossenen Vernetzungsplattform schon seit 2003 von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Unternehmen Solarworld vorangetrieben. Die Wildauer Stadtverwaltung war von der Idee angetan, sollte es doch darum gehen, Bürger davon zu überzeugen, ihre Dächer für PV-Anlagen zur Verfügung zu stellen, die dann von lokalen Handwerkern hätten betreut werden können. Für alle wäre ein Gewinn dabei herausgesprungen.

Die Stadt selbst realisierte auf dem Dach des kommunalen Unternehmens ABS GmbH eine Anlage, die sich inzwischen refinanziert hat. Auch die Feuerwache wurde mit Sonnenstrompanelen bestückt. Trotzdem stockte der Elan zur erneuerbaren Energiegewinnung schon nach einem dreiviertel Jahr. Aus der Bevölkerung kam ebenso spärliche Nachfrage wie aus den Handwerks- und Wirtschaftsbetrieben. Beim Versuch der Kommune, auch noch das Dach der Schwimmhalle und der Ludwig-Witthöft-Oberschule für die Solarstromproduktion zu nutzen, tauchten vielfältige Hürden auf. Statische Bedenken wurden angemeldet, es folgten Hinweise auf Denkmalschutzaufgaben, schließlich wehrten sich einige Stadtverordnete gegen die Aufbringung der nötigen Investitionskosten im höheren fünfstelligen Bereich. Nach neun Monaten intensiver Werbung musste Olaf Rienitz, der das Projekt maßgeblich betreut hatte, feststellen, dass seine Bemühungen verpufft waren.

Vielleicht war der Zeitpunkt im Jahr 2007 für die Initiative aber auch etwas früh gewesen, sodass skeptische Stimmen sich durchsetzen konnten. Die Bereitschaft der Stadtverwaltung Wildau, Solarstromprojekte zu unterstützen, zeigte sich ein weiteres Mal drei Jahre später. 2010 wurde die bereits erwähnte Gestaltungssatzung Walsiedlung auf Drängen privater Bauherren so abgeändert, dass fortan Dächer in der Siedlung mit Photovoltaik versehen werden konnten. Allerdings erlosch von privater Seite das Interesse, die neuen Möglichkeiten zu realisieren, als festgestellt wurde, dass bei 20 bis 25 Meter hohen Kiefern die Verschattung doch zu stark ist.

### **Wildau im Aufschwung**

Rückblickend zeigt sich, dass es in Wildau zwar schon sehr früh ein Wissen um die Notwendigkeit von Klimaschutz gegeben hatte, jedoch mussten viele Jahre lang andere Prioritäten gelten. Die Arbeitslosigkeit nach der Wende, der Kampf des Industriestandorts gegen den Konkurs, der schlechte Zustand der Gebäude, kurz gesagt die schwere Strukturkrise der frühen 90er-Jahre musste überwunden werden.

Besonders viel Engagement verlangte beispielsweise die Sanierung der denkmalgeschützten Schwarzkopff-Siedlung mit ihren 950 Wohnungen. Mit dem Ersatz der Kohleheizungen war nämlich nur der Startschuss erfolgt. Unter dem ehemaligen Bürgermeister Gerd Richter wurde 1993 zusätzlich eine völlige Rundumerneuerung der Gebäude in Gang gesetzt. Zwischenzeitlich stockte dieses Vorhaben wegen eines Restitutionsverfahrens mit der Jewish Claims Conference. Mit dem nachfolgenden Bürgermeister Dr. Uwe Malich konnte die Sanierung 2003 nach Wegfall der Hemmnisse fortgesetzt werden. Im Jahr 2011 wurde das Großprojekt fertiggestellt. Es brachte der Eigentümerin - der „WiWO - Wildauer Wohnungsbaugesellschaft“, einer Tochterfirma der Stadt - im Rahmen der Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises den Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ ein. Die Schwarzkopff-Siedlung ist heute das Schmuckstück von Wildau, das wie ein Symbol für den Aufschwung von Wildau wirkt.

### **Energiemanagement, Wildorado und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept**

Ab Ende 2010 ging es mit dem Klimaschutz in Wildau ein wichtiges Stück voran. Auf Druck aus der damaligen Gemeindevertretung sollte das Energiemanagement der Stadt verbessert werden. Elektriikermeister Reinhard Albrecht wurde mit der Aufgabe betraut, für die Bestückung der Straßenlaternen mit Leuchtmitteln energiesparende Alternativen zu finden. Als



Fachmann achtet er darauf, dass sowohl die effizienteste als auch die günstigste Technologie zum Einsatz kommt. Nicht immer seien das LEDs, so Reinhard Albrecht.

Alle Anforderungen an ein effizientes Energiemanagement erfüllt ein Blockheizkraftwerk der Firma EWE, von dem seit 2012 das Sport- und Freizeitzentrum „Wildorado“, eine weitere Tochtergesellschaft der Stadt, profitiert. Eine Contracting-Lösung ermöglicht den Bezug von 500.000 KWh Strom, also ein Drittel des Gesamtbedarfs. Die dabei entstehende thermische Energie erwärmt das Badewasser des Schwimmbeckens und unterstützt die bestehende Heizzentrale.

Im Jahr 2011 entwickelte die Kommune Wildau außerdem ihr Leitbild aus dem Jahr 2002 weiter, das das Thema „Klimawandelanpassung“ als wichtigen Punkt anspricht. Klimaschutzmaßnahmen, also die Einsparung von Treibhausgasemissionen, werden jedoch noch nicht als Ziel im Leitbild genannt. Dies änderte sich erst ein Stück weit im Jahr 2013 mit der Neuauflage des „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ (INSEK), das im Rahmen eines breit gefächerten Partizipationsprozesses erstellt wurde. Darin heißt es: „Die Stadt zeigt an mehreren Stellen deutliche Bemühungen um Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung. Es handelt sich dabei jedoch noch um Einzelmaßnahmen, da kein übergeordnetes Konzept vorliegt. Auch sollten die Maßnahmen an einer Stelle (z. B. Internetauftritt) übersichtlich dargestellt werden. Dort besteht noch Nachholbedarf.“

### **Zukünftige Chancen für den Klimaschutz**

Wildau, das 2013 die Bezeichnung Stadt erhielt, hat viel erreicht. In einer bundesweiten Studie heißt es, dass der Ort inzwischen zum vorderen Drittel der Kommunen in Deutschland zu rechnen ist. Wildau ist strukturell gut angebunden, am Wasser gelegen und bietet ein überdurchschnittliches Angebot an Arbeitsplätzen. Hier werden zusammen mit der Stadt Teltow die höchsten Mieten im Berliner Umland gezahlt.

Eine gute Gelegenheit zum aktiven Einstieg in den Klimaschutz eröffnet sich deshalb schon in absehbarer Zukunft. Aufgrund der Nachfrage am Wohnungsmarkt, die auch der Technischen Hochschule zu verdanken ist, existieren umfangreiche Neubaupläne. Zu diesem Zweck hat die WiWO unter anderem am Nordufer der Dahme 100.000 Quadratmeter erworben, die in den nächsten Jahren zusammen mit der Kommune städtebaulich entwickelt werden sollen. Von 10.000 auf insgesamt 12.500 soll die Einwohner/innenzahl der Stadt steigen. Es besteht die Chance, dass sowohl jetzt schon tätige als auch zukünftige Akteure auf dem Wohnungsbausektor in Wildau die neuen Quartiere so ausstatten, dass deutlich mehr als die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllt werden.

Eine zusätzliche Chance sich im Klimaschutz zu engagieren, besteht in der Verstärkung der Kooperation mit der Technischen Hochschule auf diesem Gebiet. „Wirtschaft – Wissenschaft – Lebensqualität“ heißt seit 2002 das Leitbild der Stadt. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule existiert bereits auf der wirtschaftlichen Ebene. Erfolg versprechende Anknüpfungsmomente zu Klima- und Energiefragen entwickelten sich außerdem zwischen dem „Wildorado“ und der Hochschule. Weitere Gespräche mit der Stadt sind geplant. Darauf kann aufgebaut werden.

Bürgermeister Dr. Uwe Malich betont auch das Potenzial der partizipatorischen Arbeit am „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“. Die positiven Erfahrungen bei der Einbeziehung der verschiedenen Akteure in Wildau von der Bürgerschaft bis hin zur Wirtschaft bieten eine gute Grundlage, um auch für das Thema Klimaschutz ein verbessertes Bewusstsein zu schaffen. „Heute haben wir die ökonomische Strukturkrise weitgehend überwunden. Der Stadt Wildau geht es inzwischen gut. Jetzt können wir mit einer relativen Lockerheit und Freiheit vorwärts blicken“, sagt der Bürgermeister. „Ein guter Zeitpunkt, um die Tür zu öffnen für eine aktiv klimafreundliche Politik in Wildau. Der Schlüssel steckt schon im Schloss. Er muss nur noch umgedreht werden.“



Abbildung: Christian Kind 2012

© 2012 **adelphi consult**

**adelphi**

Caspar-Theyss-Strasse 14a T +49 (0)30-89 000 68-0  
14193 Berlin F +49 (0)30-89 000 68-10

[office@adelphi.de](mailto:office@adelphi.de)

